

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Manfred G. Schmidt
Bestimmungsfaktoren
des Rüstungswettlaufs
zwischen Ost und West

Frank Barnaby
Zum Stand der globalen Rüstung
Ergebnisse des SIPRI-Jahrbuches 1981

Hans Rattinger
Strategieinterpretationen
und Rüstungskontrollrezepte
Anmerkungen zum
NATO-Doppelbeschluß

ISSN 0479-611 X

B 28/81
13. Juli 1981

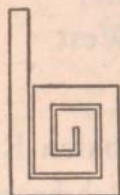
Manfred G. Schmidt, Dr. disc., pol., geb. 1948, Privatdozent für das Fach Politikwissenschaft an der Universität Konstanz.

Veröffentlichungen: Staatsapparat und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1966—1973), 1975; Empirische Politikwissenschaft (zus. mit Manfred F. Müller), Stuttgart 1979; CDU und SPD an der Regierung, Frankfurt, New York, 1980.

Frank Barnaby, Dr. phil., geb. 1927; nach Tätigkeit in der britischen Atombehörde und im Hochschuldienst Sekretär der Pugwash Conferences on Science and Worldaffairs; seit 1970 Direktor des Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm.

Hans Rattinger, Dr. phil., geb. 1950 in Karlsruhe; Studium der politischen Wissenschaft, Geschichte und Anglistik; ab 1973 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaft der Universität Freiburg; 1974/75 Kennedy-Memorial-Fellow der Harvard University, Cambridge, Massachusetts; 1978 Habilitation im Fach politische Wissenschaft; seit 1979 Vertretung eines Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Bamberg.

Buchveröffentlichungen: Rüstungsdynamik im internationalen System, München 1975; Mandatsverteilungen im Europäischen Parlament nach der Direktwahl, Berlin 1978; Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1980.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammlungen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West

I. Einleitung und Fragestellung

Rüstungswettläufe sind, historisch gesehen, nichts Neues. Das wissen wir aus der älteren Geschichte, etwa von Thukydides, der den im Peloponnesischen Krieg endenden Rüstungswettlauf zwischen Athen und Sparta beschrieb. Das wissen wir auch aus der neueren Geschichte, zum Beispiel aus dem bahnbrechenden Werk von Lewis F. Richardson (1960), der als erster ein mathematisches Modell des Wettrüstens entwickelte — am Beispiel der Rüstungswettläufe vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg.

Rüstungswettläufe sind nichts Neues. Gleichwohl gibt es bei dem Rüstungswettlauf, über den ich sprechen will — dem Wettlauf zwischen Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg —, zwei fundamentale Neuerungen: Neu ist, daß es noch nie zuvor einen derart raschen Prozeß der Einführung von immer komplexer und schlagkräftiger werdenden Waffen und Gegenwaffen gab. Neu ist ferner, daß noch nie zuvor ein so schier unvorstellbares Zerstörungspotential aufgehäuft wurde und noch weiter aufgehäuft wird. Das Zerstörungspotential der Nuklearwaffen kommt in etwa demjenigen von *einer Million Hiroshima-Bomben* gleich. Das sind umgerechnet etwa 10 Tonnen Sprengstoff pro Kopf der Erdbevölkerung — mehr als genug, um mit der menschlichen Zivilisation ein für alle Mal Schluß zu machen.

Der Rüstungswettlauf findet seit nunmehr 35 Jahren statt und wird auch mit höchster Wahrscheinlichkeit weitergehen,

— obwohl seit etwa Anfang der sechziger Jahre ein labiles Abschreckungsgleichgewicht besteht (in dem Sinne, daß beide Seiten über die Zweitschlagkapazität verfügen), und

— obwohl die Aufrüstungsprozesse dauernd dieses Gleichgewicht zu untergraben drohen

(in dem Sinne, daß eine Seite die Erstschlagkapazität gewinnt oder in dem Sinne, daß Präventivschläge zur Abwehr einer noch größeren Bedrohung provoziert werden), und

— obwohl das Risiko eines ungewollten Nuklearkrieges aufgrund von menschlichem und technischem Versagen nicht auszuschließen ist.

Die Aufrüstung erfolgt im Osten wie im Westen. Warum? Was sind die Bestimmungsfaktoren dieses Wettlaufs? Das ist meine Fragestellung.

Ich will bei der Antwort auf diese Fragestellung zwei Vereinfachungen machen. Erstens spreche ich nur von den beiden Supermächten. Zweitens beziehe ich mich vorrangig auf die Nuklearrüstung. Beide Vereinfachungen sind nicht etwa willkürlich gewählt. Sie erlauben es vielmehr, den qualitativen Kern des gesamten Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West herauszuschälen. Bei der Analyse wurde der Weg der immanenten Kritik und der empirisch gestützten Interpretation der Literatur sowie der Weg einer exemplarischen eigenen empirischen Analyse von einigen Indikatoren der Nuklearrüstung eingeschlagen.

Bei der Vorstellung meiner Ergebnisse knüpfe ich in formaler Hinsicht an Richardsons' Rüstungsmodell an, das eine dreifache Bestimmtheit der Rüstungspolitik unterstellt: die Rüstung der einen Seite ist eine Funktion der Rüstung des Gegners, der eigenen früheren Rüstungsanstrengungen sowie der Ambitionen, unabhängig vom Gegner zu rüsten. In materialer Hinsicht knüpfe ich an makrogesellschaftlich orientierte Analysen über die USA und die Sowjetunion an, die ich jedoch mit einer außenpolitischen Aktions-Reaktions-These differenzieren werde.

II. Zum Stand der Forschung: „Außengeleiteter“ oder „innengeleiteter“ Rüstungswettlauf?

Wenn man die politische und die fachwissenschaftliche Diskussion über die Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost

und West durcharbeitet, dann drängt sich der Eindruck auf, daß hier eine ungute Tendenz besteht, die These eines „außengeleiteten“ ge-

gen die eines „innengeleiteten“ Rüstungswettlaufs auszuspielen (Überblick bei Gantzel 1974, Krell 1976, Moll/Luebert 1980, s. Bibliographie am Ende des Beitrags). Mit einem „außengeleiteten“ Wettlauf sind solche Aufrüstungsprozesse gemeint, deren Ursachen in Reaktionen auf internationale Lagen oder auf Handlungen des Gegners zu suchen sind. Als „innengeleitet“ werden demgegenüber diejenigen Rüstungswettläufe charakterisiert, deren Ursachen hauptsächlich in innergesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren und nur am Rande in der internationalen Lage zu suchen sind.

Die These eines „außengeleiteten“ — durch Aktions-Reaktions-Prozesse vermittelten — Rüstungswettlaufs war lange Zeit die politisch und fachwissenschaftlich vorherrschende Erklärung. Eine Version der Aktions-Reaktions-These besagt, daß Aufrüstungsprozesse immer eine relativ direkte und gleichwertige Reaktion auf Handlungen der gegnerischen Seite seien (z. B. bei Richardson 1960, McNamara 1969, Rattinger 1975 und 1976). Eine zweite Version besagt, daß es sich um längerfristige und bisweilen asymmetrische Aktions-Reaktions-Prozesse handele (z. B. Hamblin u. a. 1977). Für die zweite Version gibt es — wie später zu erläutern sein wird — dann einiges an Evidenz, wenn man innenpolitische Determinanten und nicht-lineare Reaktionsprozesse zusätzlich berücksichtigt.

Beide Versionen der Aktions-Reaktions-These haben jedoch eine Reihe von Mängeln:

1. Sie basieren fast durchweg — mit Ausnahme der Studie von Hamblin u. a. (1977) — auf Daten über Militärausgaben. Das ist eine höchst unsolide Datenbasis, weil wir derzeit keine zuverlässigen und vergleichbaren Daten über die sowjetischen Militärausgaben haben (SIPRI 1980 und Lutz 1980).

2. In Aktions-Reaktions-Modellen wird ein hochinformierter und militärpolitisch mehr oder weniger autonom und rational handelnder Staat unterstellt. Diese Sichtweise steht freilich arg quer zum Wissen, daß die staatliche Politik in hohem Maße durch politische und ökonomische Imperative und vielfältige Restriktionen gesteuert ist, die eine autonome und rationale Politik höchst unwahrscheinlich machen.

3. Beide Versionen der Aktions-Reaktions-Erklärung tragen schließlich nicht zureichend der Beobachtung Rechnung, daß die staatliche Politik insbesondere durch das Muster des bürokratisch-politisch bedingten Wachstums geprägt ist.

Es gibt zwar eine ganze Reihe von empirischen Untersuchungen über die Rüstungsdynamik, die auf statistischem Weg die Aktions-Reaktions-These stützen sollen. Der Schönheitsfehler liegt jedoch darin, daß innenpolitische Bestimmungsfaktoren entweder überhaupt nicht in die Analysen aufgenommen werden (z. B. bei Hamblin u. a. 1977) oder daß diese innenpolitischen Bestimmungsfaktoren — wie beispielsweise die Untersuchungen von Rattinger (1975 und 1976) und von Saris und Middendorp (1980) zeigen — statistisch weit aus erklärungskräftiger sind*).

4. Aktions-Reaktions-Erklärungen sind aus einem vierten Grund mangelhaft, weil sie die Eigendynamik der Waffentechnologie nicht zureichend berücksichtigen. Die Planungs-, Entwicklungs- und Produktionsdauer der modernen Waffensysteme erstreckt sich über lange Zeiträume — meist sieben Jahre oder mehr —, in denen sich die strategische Lage oftmals so stark geändert hat, daß die ursprünglichen militärischen Anforderungen nicht mehr gelten. Zudem gehen die Waffenplaner bei der Entwicklung eines Waffensystems immer schon davon aus, daß die entsprechende Gegenwaffe bereits mitentwickelt wird. Der Rüstungswettlauf ist demnach immer schon von der technologischen Seite her vorprogrammiert — meist unabhängig von den Aktionen der Gegenseite. Aktionen rich-

*) Man muß jedoch hinzufügen, daß auch diese Analysen nicht aller Probleme los und ledig sind. Problematisch ist zum einen die Aussagekraft der verwendeten Indikatoren. Wenn man beispielsweise die Ausgaben jeweils im Vorjahr als Indikator für bürokratisch-politische, innenpolitisch verwurzelte Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs nimmt, dann hat man damit immer noch nicht viel inhaltlich erklärt. Zum Beispiel ist ja immer noch offen, von welchen anderen Faktoren die Ausgaben im Vorjahr abhängen. Und darüber hinaus überrascht es ja nicht sonderlich, daß die Ausgaben zum Zeitpunkt t ganz stark mit den Ausgaben zum Zeitpunkt $t-1$ korrelieren.

Zweitens stellen sich in der Regel große statistische und inhaltliche Probleme, wenn man die Ausgaben der eigenen Seite im Vorjahr (als Indikator für die bürokratisch-politische Beeinflussung der Rüstung) und die gegnerischen Ausgaben im Vorjahr (als Indikator für die Außenleitung der Rüstung) als Erklärungsfaktoren in einem Modell nimmt. Beide Erklärungsfaktoren korrelieren in der Regel so hoch miteinander, daß ihr tatsächlicher Erklärungseffekt entweder kaum mehr ermittelbar ist oder daß mit Hilfe von ganz anderen Überlegungen und Methoden eine theoretisch begründere Annahme über die Richtung der kausalen Abhängigkeiten eingeführt werden muß. Anders formuliert: Auch eine — scheinbar „harte“ — quantitative Untersuchung über den Rüstungswettlauf kann nicht aus sich heraus — sondern nur durch Zuhilfenahme qualitativer Theorie und Empirie — Aussagen über das Gewicht der Außenleitung und der Innenleitung im Rüstungsprozeß machen.

ten sich keineswegs nur an den Bedrohungen aus, die dem Rüstungspotential des Gegners zugeschrieben werden, sondern auch am Stand der eigenen Rüstung und am potentiellen Fortschritt der eigenen Technologie. Der Rüstungswettlauf ist insofern meist auch ein „Rüstungswettlauf mit sich selbst“.

Genau diese These vom „innengeleiteten“ Rüstungsprozeß stand im Vordergrund der Studien aus dem Lager der „Kritischen Friedensforschung“, das seit Ende der sechziger Jahre an Gewicht in der Diskussion gewann (z. B. Senghaas 1972^a, Schlotter 1979). Hier wurde die These vom „Primat der Innenpolitik“ aufgegriffen, die der Historiker Eckart Kehr in den dreißiger Jahren in seinen Studien zur Rüstungspolitik im kaiserlichen Deutschland entwickelt hatte. Der Aufbau der deutschen Schlachtflotte vor dem Ersten Weltkrieg hatte nach Kehr seine Ursache nicht in der Außenpolitik. Er habe stattgefunden, ehe ein Gegner für die Flotte gefunden worden sei. Der entscheidende Hintergrund liege in einer sozial-imperialistischen Integrationspolitik und einer innenpolitischen Strategie, mit der ein Konflikt zwischen Großagrariern und der Schwerindustrie gelöst worden sei: beide Parteien gewährten sich gegenseitig die Schutzzölle und die Flotte und beide fanden sich in der gemeinsamen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie wieder (Kehr 1970).

Diese These vom „Primat der Innenpolitik“ durchzieht auch die Beiträge zur Rüstungsdynamik aus dem Lager der „Kritischen Friedensforschung“. Die Rüstungsdynamik werde — zumindest in der westlichen Welt — vorrangig durch das Zusammenspiel von mächtigen rüstungswirtschaftlichen, militärischen und staatlichen Interessen und Funktionserfordernissen vorangetrieben — weitgehend unabhängig von den Aktionen der Gegenseite. Bei dieser These vom „innengeleiteten“ Rüstungswettlauf werden einige geläufige Modelle des innenpolitischen Prozesses aufgegriffen. An erster Stelle sind hier zu nennen die These von der Eigendynamik bürokratischer Apparate — sei es in der Version von Parkinson, sei es in der Version der Modelle bürokratischer Politik —, die These von der Allianz von Staat und Interessengruppen — so z. B. im Konzept des „militärisch-industriellen Komplexes“ —, die These von der Funktionalität der Rüstung für den Kapitalismus und das Konzept des „pathologischen Lernens“, das

Dieter Senghaas aus dem kommunikationstheoretischen Ansatz von Karl Deutsch übernahm.

Für die These eines „innengeleiteten Rüstungswettlaufs“ spricht einiges an Evidenz. Das haben zahlreiche ‚Waffenbiographien‘ und auch eine Reihe von quantitativen Rüstungswettlauf-Studien nachgewiesen. Mir scheinen aber dennoch drei Schwachstellen bei diesem Erklärungsansatz augenfällig zu sein:

Erstens hatten die meisten Vertreter der Innenleitungsthese immer schon enorme Schwierigkeiten, den Umstand zu erklären, daß ja der relative Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt in den meisten westlichen Ländern in einem unterschiedlichen Maß zurückging. (Von diesem Einwand können nur diejenigen Analysen ausgenommen werden, die in ihr Erklärungsmodell ausdrücklich restriktive Bedingungen für die Militärpolitik aufgenommen haben, z. B. Schlotter 1979.)

Zweitens wäre die Innenleitungsthese erst dann voll konsistent, wenn sich auch für die Sowjetunion eine Innenleitung nachweisen ließe oder wenn die Sowjetunion ausschließlich unfreiwillig nachrüstete.

Drittens fällt eine spezifische Aktions-Reaktions-Kette durch die Maschen der Innenleitungsthese: Die Atomwaffen der gegnerischen Seite und der Umstand, daß die NATO und der Warschauer Pakt prinzipiell antagonistische Militärstrategien verfolgen (vgl. Tiedtke 1980), setzen Sachzwänge für rüstungspolitische Entscheidungen, denen sich keine Regierung — was auch immer ihre Absichten sein mögen — entziehen kann, es sei denn, sie riskierte die militärische Erpreßbarkeit. Der Interessenkonflikt zwischen Ost und West, die bloße Existenz der Nuklearwaffen und das labile Abschreckungsgleichgewicht setzen harte Daten für rüstungspolitische Entscheidungsprozesse — nicht notwendig in Richtung einer Rüstungsspirale, aber doch in Richtung auf Wahrung der Zweitschlagkapazität —, auf welchem Rüstungsniveau auch immer.

Von dieser Warte aus gesehen, sind tatsächlich ein erheblicher Teil der Rüstungsanstrengungen Reaktionsprozesse, die freilich in unterschiedlicher Weise durch innenpolitisch geformte Situationsdeutungen beeinflusst sind.

III. Innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Aktions-Reaktions-Prozesse im Rüstungswettlauf

An Beispielen für Aktions- und Reaktionsprozesse im Rüstungswettlauf mangelt es nicht. Der Umstand, daß die sowjetische Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg ihre konventionellen Truppen weit weniger stark demobilisierte als die westlichen Länder, war — nicht nur, aber auch — eine Reaktion auf das amerikanische Atomwaffen-Monopol. Die amerikanische Nuklearrüstung der fünfziger und sechziger Jahre war — nicht nur, aber auch — eine Reaktion auf die konventionelle Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte und auf das befürchtete Nuklearrüstungs-Programm der UdSSR. Und umgekehrt — und vor allem nach der Kuba-Krise — reagierte die sowjetische Regierung auf den gewaltigen Vorsprung der Amerikaner bei den Nuklearwaffen mit einem atomaren Aufrüstungsprogramm und mit der Reduktion der konventionellen Streitkräfte. Der Ausbau der konventionellen Basis der NATO wie auch die Einführung der nuklearen Mittelstreckenraketen auf westlicher Seite war — nicht nur, aber auch — eine Reaktion auf das Aufholen der Sowjetunion im nuklearstrategischen Bereich.

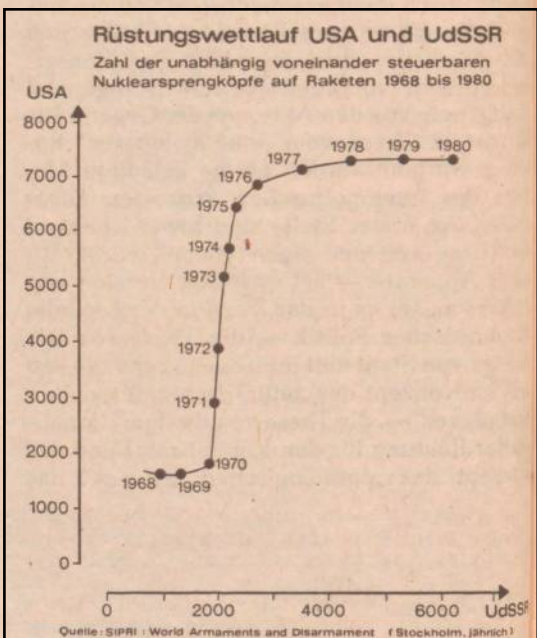
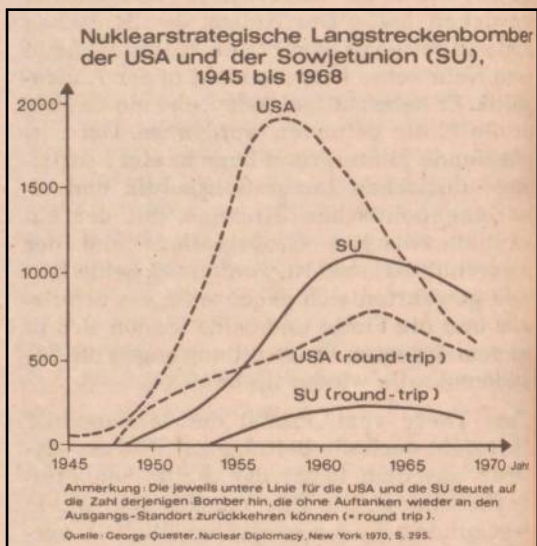
Die zeitverzögerten und nicht-linearen Aktions-Reaktions-Prozesse, die ich meine, findet man weniger bei den Militärausgaben — die ohnehin kaum vergleichbar sind — als vielmehr bei den Waffensystemen.

Zur Veranschaulichung meiner These habe ich in zwei Schaubildern einige Daten, die durchaus repräsentativ für die Geschichte des global-strategischen Kräfteverhältnisses sind, zusammengestellt. Das erste Schaubild zeigt die Entwicklung der nuklearstrategischen Langstreckenbomber zwischen 1945 und 1968 an. Im zweiten Schaubild finden sich die Daten über die Zahl der unabhängig voneinander steuerbaren Nuklear-Sprengköpfe auf ballistischen Raketen. Die beiden Schaubilder markieren jeweils bedeutsame neue Stufen im Rüstungswettlauf.

Man wird unschwer erkennen können, daß es sich hier *nicht* um einen unmittelbaren und *nicht* um einen linearen Aktions-Reaktions-Prozess handelt. Das Muster ist kompliziert. Es handelt sich um einen zeitverzögerten, durch innenpolitische Faktoren eingeleiteten und zunehmend verstärkten Zusammenhang.

Ich will anhand der Zeitserien-Daten zur Nuklearrüstung zeigen, daß sich ein Großteil der Kontroversen über die Innenleitung bzw. die Außenleitung des Rüstungswettlaufs einerseits verständlich machen läßt — weil es

durchaus eine starke Evidenz für beide Erklärungen gibt, wenn man sie jeweils nur getrennt voneinander überprüft — und daß sich andererseits diese Kontroversen aber auch ad acta legen lassen. Man kann sie dann zu den Akten legen, wenn man berücksichtigt, daß es sich um parallel laufende, phasenverschobene Rüstungswettläufe in verschiedenen Waffenarenen handelt. Wenn man das berücksichtigt, dann stimmt eine integrierte Innen- und Außenleitungs-Erklärung am besten mit den Daten überein. Würde man jeweils nur einen Rüstungswettlauf in einer Waffenarena untersu-



chen, dann läge der Schluß auf die fast uneingeschränkte Gültigkeit der Innenleitungs-These nahe.

Die Verklammerung beider Erklärungsebenen läßt sich so darstellen: Die Entscheidung, einen Aufrüstungsprozeß zu starten, ist durch das Zusammenspiel von innen- und außenpolitischen Determinanten bedingt. Der Aufrüstungsprozeß selber folgt bis zu einer Grenze dann tatsächlich einer innergesellschaftlich und innenpolitisch begründeten Eigendynamik. Die Grenze liegt dort, wo eine wiederum innen- und außenpolitisch bedingte Entscheidung einen neuen Wettlauf in einer anderen Waffenarena einleitet.

Das generelle und praktisch für die gesamte Geschichte der Nuklearrüstung auf global-strategischer Ebene gültige Bild sieht z. B. so aus, daß die amerikanische Politik den Aufrüstungsprozeß in einer neuen Waffenarena beginnt und rasch bis zu einer relativ hoch liegenden oberen Ebene treibt. Die sowjetische Rüstung in dieser Waffenarena setzt zeitverzögert ein — was zum einen in der technologischen Rückständigkeit begründet ist, zum anderen aber auch die starke Stellung der konventionellen Rüstung reflektiert. Das sowjetische Aufrüstungsprogramm läuft dann in der Regel nicht nur auf eine ausgleichende, sondern auch auf eine überrundende Reaktion hinaus. Das geschieht freilich erst in einer Phase, in der die amerikanische Politik schon auf einen neuen Wettlauf mit anderen Waffensystemen oder qualitativ veränderten Waffen umgeschaltet hat.

Aktions-Reaktions-Prozesse werden noch deutlicher erkennbar, wenn man nicht nur das globale, sondern auch das regionale eurostrategische Kräfteverhältnis zwischen der NATO und der UdSSR untersucht. Die Einschätzungen des Kräfteverhältnisses gehen weit auseinander; sie stimmen aber mindestens in einem Punkt überein: Im eurostrategischen Kräfteverhältnis hat die UdSSR — anders als auf global-strategischer Ebene — seit den sechziger Jahren mindestens einen Gleichstand mit der NATO und vermutlich sogar eine starke Führungsrolle. Und das wiederum läßt sich unschwer als Reaktion auf die damalige dramatische Überlegenheit der USA auf global-strategischer Ebene zurückführen.

Für die im Nuklearrüstungswettlauf beobachtbaren Aktions-Reaktions-Prozesse sind — neben einer Reihe von weiter unten zu erörternden Bestimmungsfaktoren — die Bedrohungen verantwortlich, die dem Aufrüstungsprozeß des Gegners zugeschrieben werden. Die Reaktionen zum Ausgleich von schwerwiegenden Ungleichgewichten sind, gemessen an

der Logik der Abschreckungstheorie, bis zu einem gewissen Grad rational, solange sie sicherstellen, daß beide Seiten eine glaubwürdige Zweitschlagkapazität nachweisen können. Abschreckungstheoretisch nicht mehr zwingend oder gar dysfunktional ist freilich die Eskalation von immer neuen Rüstungswettläufen; und abschreckungstheoretisch nicht mehr zwingend oder sogar dysfunktional sind auch die Überreaktionen, die man des öfteren sowohl in der amerikanischen als auch in der sowjetischen Politik beobachten kann — auf global-strategischer wie auch auf eurostrategischer Ebene. Offenbar sind für die Überproduktion der nuklearen Waffen auch solche Bestimmungsfaktoren verantwortlich, die weniger in der internationalen Lage und weniger in der Abschreckungs-Doktrin als vielmehr in innenpolitischen Verhältnissen zu suchen sind.

Um einige dieser innenpolitischen Antriebskräfte der Rüstungsdynamik geht es in den folgenden Abschnitten.

Einer dieser Faktoren liegt begründet in der — von der zivilen und militärischen Entscheidungsbeteiligung gleichermaßen geteilten — Situationsdefinition, die an der Planung für den „schlechtesten Fall“ orientiert ist.

Das Beispiel Amerika

Anhand dieser Planungsmaxime hat beispielsweise der frühere US-Verteidigungsminister McNamara erläutert, warum die amerikanische Regierung in den sechziger Jahren zu viele Interkontinental-Raketen produzieren ließ. Es sei eine Reaktion auf die Befürchtung gewesen, daß die Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre ihre Kapazitäten in vollem Umfang einsetzen würden, um ihr damals kleines Arsenal an Interkontinental-Raketen auszubauen, was sich später als Trugschluß erwies und was wiederum spät in den sechziger Jahren zur Folge hatte, daß die Sowjetunion ihrerseits ein forciertes Nuklearrüstungsprogramm startete (McNamara 1969, S. 69—71).

Innenpolitische Determinanten des Rüstungswettlaufs finden sich auch — paradoxerweise — in den Voraussetzungen und Folgen der Rüstungskontrollverhandlungen. Die Praxis dieser Verhandlungen lief darauf hinaus, den Rüstungswettlauf in einigen Bereichen kooperativ zu steuern und spezifische Waffensysteme nicht zum Einsatz kommen zu lassen (z. B. die strategischen Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen). Die Rüstungskontrollverhandlungen haben dafür aber den Weg zu einem verlagerten Wettüsten geöffnet. Zwei Me-

chanismen sind dafür in erster Linie verantwortlich:

Der erste Mechanismus ist derjenige des „Verhandlungsreif-Rüstens“: „Erst rüsten, dann verhandeln“, so brachte es der ehemalige US-Präsident Carter auf den Begriff. Hinter dieser Leitlinie stehen zwei Kalküle: ein verhandlungstaktisches — man will sich Trumpfkarten für Verhandlungen schaffen — und ein innenpolitisches: „Erst rüsten, dann verhandeln“ — das ist ja zugleich auch eine Beruhigungsspiel für diejenigen politischen Kräfte, die einer Rüstungskontrolle skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen.

Der zweite Mechanismus, über den Rüstungskontrollverhandlungen den Aufrüstungsprozeß aufrechterhalten, setzt dann ein, wenn es um die innenpolitische Durchsetzung der Abkommen geht. Durchsetzbar sind diese Abkommen erst dann, wenn zur Entschädigung der politischen Gegner im eigenen Lager Aufrüstungsprogramme in anderen Bereichen in Gang gesetzt werden (z. B. die mobilen Abschußrampen des MX-Systems und vermutlich die Umrüstung der SS-eurostrategischen Raketen).

Für die Aufrüstungsdynamik sind neben der Eigendynamik der Militärtechnologie und den Wirkungen der Rüstungskontrollverhandlungen auch eine Reihe von jeweils systemspezifischen ökonomischen und politischen Hintergründen verantwortlich.

Eine Fülle von Untersuchungen über die amerikanische Rüstungspolitik hat gezeigt, daß ein spezifischer Wachstumsimperativ die Rüstungsdynamik zwar nicht determiniert, aber doch außerordentlich begünstigt (z. B. Senghaas 1972b). Dieser Wachstumsimperativ gilt auch im militärischen Bereich: Die Militärstrategie, die Forderungen der Militärs und die Konkurrenzkämpfe zwischen den Teilstreitkräften unterliegen der Logik des „Mehr wäre besser“ bzw. der Logik der Planung für den „denkbar schlechtesten Fall“. Der Wachstumsimperativ gilt ebenfalls im rüstungsindustriellen Bereich: Die Unternehmensleitungen, die Belegschaften und die Gewerkschaften sind daran interessiert, die Produktionskapazitäten nicht nur auszulasten, sondern auch auszuweiten.

Diese Konvergenz von Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen wird noch wesentlich verstärkt durch die betriebsegoistische Struktur und Ideologie der amerikanischen Gewerkschaften. Der militärische und rüstungsindustrielle Wachstumsimperativ ist also auch noch mit einem bürokratischen gekoppelt. Das Verteidigungsministerium kann über die Poli-

tik des Budgetwachstums sowohl seine eigenen Überlebensinteressen als auch die rüstungswirtschaftlichen und militärischen Interessen vertreten, wengleich nicht ohne Brüche. Dieser Wachstumsimperativ wird in der Regel auch durch die Wiederwahlinteressen der Kongreßmitglieder und der Regierungsparteien abgedeckt. Militärische Sicherheit und Stärke sind in aller Regel Themen mit denen sich Wählerstimmen halten oder gar zusätzlich mobilisieren lassen. Und es kommt wohl nicht von ungefähr, daß in Untersuchungen über politische Konjunkturzyklen nachgewiesen wurde, daß die Militärausgaben gerade in Zeiten vor den Präsidentschaftswahlen überdurchschnittlich stark ansteigen. Und schließlich konvergiert dieser Wachstumsimperativ ja auch mit der Leitlinie der amerikanischen Außenpolitik: Durch wirtschaftliche und gegebenenfalls auch durch militärische Stärke die Tür für die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufzuhalten und sich zugleich Trumpfkarten für Verhandlungen mit den eigenen Verbündeten und mit den Ländern der Dritten Welt zu sichern.

Diese Wachstumsimperative haben zusammengekommen mindestens die Funktion, den Rüstungsprozeß aufrechtzuhalten und Rüstungswettläufe auch dann anzutreiben, wenn es von der internationalen Lage her nicht zwingend wäre.

Das Beispiel Sowjetunion

Inwieweit läßt sich in der Sowjetunion eine ähnlich innenpolitisch gestützte Rüstungsdynamik feststellen? Ich möchte eine Interpretation zur Diskussion stellen, die auf sozialhistorischen Analysen und neueren amerikanischen Untersuchungen zur Militärpolitik der UdSSR aufbaut (z. B. Asaturian 1971 und 1980; Gallagher und Spielmann 1972; Holloway 1980). Bei meiner Interpretation stelle ich — analog zur Schilderung des amerikanischen Falls — auf historisch gewachsene, verfestigte Imperative und Entscheidungsregeln ab.

Die Untersuchungen über die sowjetische Militärpolitik kommen ziemlich übereinstimmend zum Ergebnis, daß die „Politik die Gewehre regiert“. Die Staatspartei kontrolliert die Militärs und die Rüstungsindustrie und nicht umgekehrt. Freilich gibt es offenbar ein ganzes Set von Imperativen und Entscheidungsregeln, das die Rüstungsdynamik vorantreibt.

1. Eine Entscheidungsregel besteht darin, die Schwerindustrie und die technologisch fortgeschrittensten Industriezweige — und damit fast die ganze Rüstungsindustrie — zu privile-

gieren. Die Wurzeln dieser Politik reichen bis in die frühe Phase der stalinistischen Industrialisierung zurück. Diese Politik hat dazu geführt, daß dieser Industriezweig eine „Ökonomie innerhalb der Ökonomie“ wurde: Privilegiert im Hinblick auf die Zuteilung von Ressourcen, von Planungszeit, von Absatzchancen, privilegiert im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Löhne und betriebliche Sozialleistungen. Diese „Ökonomie innerhalb der Ökonomie“ hat eine starke Eigendynamik entwickelt und sich Bastionen im Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß verschafft, an denen keine politische Führung vorbeigehen kann. Bastionen nicht nur im Sinne der institutionalisierten Beteiligung, im Sinne eines „pressure Group“-Modells, sondern auch — und vermutlich vor allem — in dem Sinne, daß die Privilegierung dieses Sektors zu den „kulturellen und politischen Selbstverständlichkeiten“ jedes politischen Entscheidungsprozesses gehört.

2. Die Rüstungsindustrie gehört aus einem zweiten Grund zu den „kulturellen und politischen Selbstverständlichkeiten“ sowohl der Regierenden als auch der Regierten. Die sowjetische Politik ist immer schon von großen Bedrohungsvorstellungen bestimmt gewesen. Die Einkreisung durch kapitalistische Länder, die Erfahrungen mit den westlichen Interventionstruppen im Bürgerkrieg, insbesondere die traumatische Erfahrung mit dem Einmarsch der Wehrmacht und später dann die atomstrategische Überlegenheit der Amerikaner haben der Militärpolitik immer schon einen zentralen Platz in der Prioritätenliste gesichert. Die Bedrohungsvorstellungen, die „Mehr-wäre-besser“-Logik — im übrigen auch ein Reflex der Niederlagen und Siege im Zweiten Weltkrieg — und eine Militärstrategie, die im Falle des Kriegsausbruchs offensiv ist, um den Krieg vom sowjetischen Territorium fernzuhalten — all das macht eine Überproduktion von militärischen Gütern sehr wahrscheinlich.

3. Eine weitere — und insbesondere seit dem Sturz von Chruschtschow (1964) relevante — Entscheidungsregel besagt, daß der Prozeß der

außenpolitischen Entspannung, der ja wirtschaftspolitisch geboten und erwünscht ist, nur dann innenpolitisch konsensfähig ist, wenn er durch eine Rüstungspolitik der Stärke und der Parität mit dem Westen abgesichert ist. Eine solche Entscheidungsregel ist innenpolitisch geboten, weil sie vor allem die Militärs, die konservativen Parteideologen und die Rüstungsindustrie beruhigen kann, die von der Entspannungspolitik innenpolitische Liberalisierungen und Brüche im Bündnis der Warschauer-Vertrags-Organisation und wohl auch eine Infragestellung der eigenen Position befürchteten.

Es ist ersichtlich geworden, daß die Rüstungsdynamik in Ost und West von einer Reihe von Bestimmungsfaktoren vorangetrieben wird. Aktions-Reaktions-Prozesse über mehrere Waffenarenen hinweg gehören ebenso dazu wie die innenpolitischen Aspekte von Rüstungskontrollverhandlungen und systemspezifische politische und ökonomische Imperative und Entscheidungsregeln. Eine letzte Erklärung möchte ich noch andeuten, auch wenn ich dabei nicht mehr als Vermutungen, die sich auf einige sozialpsychologische Studien (z. B. Kriesberg und Klein 1980) stützen, anzubieten habe. „This is politics without personality“ — „Das ist Politik, in der Personen keine Rolle spielen“ — so kommentiert Lewis Richardson sein Modell des Westrüstens. Er liegt damit insofern richtig, weil Personen austauschbar sind, und weil es in der Militärpolitik einen Überhang an gewachsenen Rollen und starren Handlungsregeln gibt. Richardson und viele andere nach ihm befinden sich aber möglicherweise dann auf der falschen Fährte, wenn sie übersehen, daß die Rüstungswettlaufpolitik eine soziale Massenbasis hat: eine soziale Massenbasis in den Erfahrungen, Ängsten, Wünschen, Gewohnheiten und Sicherheitsbedürfnissen der Regierenden und der Regierten. Denn anders läßt sich wohl kaum verständlich machen, daß die im wahrsten Sinne des Wortes lebensbedrohende Qualität des Rüstungswettlaufs innenpolitisch so wenig kontrovers ist, ja oftmals auch von der sozialen Basis her noch weiter angeheizt wird.

Bibliographie

- Vernon V. Aspaturian: *Process and Power in Soviet Foreign Policy* (Boston: Little, Brown 1971);
- : „Gibt es einen militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion?“, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Die Rüstung der Sowjetunion* (Baden-Baden: Nomos, 1980), S. 231—272;
- Paul Baran und Paul M. Sweezy: *Monopolkapital* (Frankfurt: Suhrkamp, 1967);
- Carola Bielfeldt und Peter Schlotter: *Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland* (Frankfurt: Campus, 1980);
- Peter A. Busch: „Appendix: Mathematical Models of Arms Races“, in: Bruce M. Russett: *What Price Vigilance? The Burdens of National Defence* (New Haven and London: Yale University Press, 1970), S. 193—234;
- Klaus Engelhart und Karl-Heinz Heise: *Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus* (Köln: Pahl-Rugenstein, 1974);
- Matthew P. Gallagher und Karl F. Spielmann, Jr.: *Soviet Decision-Making for Defense. A Critique of U. S. Perspectives on the Arms Race* (New York, Washington und London: Praeger, 1972);
- Klaus-Jürgen Gantzel: „Armament Dynamics in the East-West-Conflict: an Arms Race?“, in: *The Papers of the Peace Science Society (International)* 20 (1973), H. 1, S. 1—24;
- Robert L. Hamblin, Michael Hout, Jerry L. L. Miller, Brian L. Pitcher: „Arms Races: A Test of Two Models“, in: *American Sociological Review* 42 (1977), H. 2, S. 338—354;
- W. Ladd Hollist: „Alternative Explanations of Competitive Arms Processes: Tests on Four Pairs of Nations“, in: *American Journal of Political Science* 21 (1977), H. 2, S. 313—340;
- David Holloway: „Technologie und politische Entscheidungsgewalt in der sowjetischen Rüstung“, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Die Rüstung der Sowjetunion* (Baden-Baden: Nomos, 1980), S. 189—230;
- Eckart Kehr: *Der Primat der Innenpolitik*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (Berlin: Ullstein, 1970);
- Gert Krell: „Zur Theorie der Rüstungsdynamik im Ost-West-Konflikt“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 17 (1976), H. 4, S. 437—473;
- : *Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um SALT in den USA* (Frankfurt: Haag + Harchem, 1978);
- : „Zur Theorie und Empirie der Rüstungsdynamik“, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): *Sicherheitspolitik* (Bad Honnef, 1978 rev. Ausgabe), S. 221—241;
- Gert Krell und Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt* (Baden-Baden: Nomos, 1980);
- Lewis Kriesberg und Ross Klein: „Changes in Public Support for U. S. Military Spending“, in: *Journal of Conflict Resolution* 24 (1980), H. 1, S. 79—111;
- William T. Lee: *The Estimation of Soviet Defense Expenditures, 1955—75. An Unconventional Approach* (New York und London: Praeger, 1977);
- Urs Lutterbacher: „Arms Race Models: Where Do We Stand?“, in: *European Journal of Political Research* 3 (1975), H. 2, S. 199—217;
- Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen* (Baden-Baden: Nomos, 1980);
- Kendall D. Moll und Gregory M. Luebbert: „Arms Race and Military Expenditure Models“, in: *Journal of Conflict Resolution* 24 (1980), H. 1, S. 153—185;
- Robert S. McNamara: *Die Sicherheit des Westens* (Wien, München, Zürich, 1969);
- Charles W. Ostrom: „A Reactive Linkage Model of the U. S. Defense Expenditure Policymaking Process“, in: *American Journal of Political Science* 72 (1972), H. 3, S. 941—957;
- Hans Rattinger: *Rüstungsdynamik im internationalen System* (München: Oldenbourg, 1975);
- : „Rüstung in Europa: Aufrüstung, Wettrüsten und andere Erklärungen“, in: *Osterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 5 (1975), H. 2, S. 231—250;
- Lewis F. Richardson: *Arms and Insecurity: A Mathematical Study of the Causes and Origins of War* (Pittsburgh: Boxwood, 1960);
- Milton Rosenberg: „Attitüdenveränderung und Außenpolitik in der Ära des Kalten Krieges“, in: Dieter Senghaas (Hrsg.): *Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs* (Freiburg: Rombach, 1970), S. 203—272;
- Wilem Saris und Cees Middendorp: „Arms Races External Security or Domestic Pressure?“, in: *British Journal of Political Science* 10 (1980), H. 1, S. 121—128;
- Peter Schlotter: „Politisches System und Rüstungsdynamik“, in: *Osterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9 (1979), H. 4, S. 483—500;
- Dieter Senghaas: *Abschreckung und Frieden* (Frankfurt: EVA, 1972a);
- : *Rüstung und Militarismus* (Frankfurt: Suhrkamp, 1972b);
- Georg Simonis: *Außenpolitik und Abschreckung* (Frankfurt und New York: Campus, 1977);
- R. P. Smith: „Military expenditure and Capitalism“, in: *Cambridge Journal of Economics* 1 (1977), H. 1, S. 61—76;
- Stockholm Peace Research Institute: *World Armaments and Disarmament* (Stockholm: Lundquist, jährlich);
- Studiengruppe Militärpolitik: *Aufrüsten um Abzurüsten?* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1980);
- Stephan Tiedtke: *Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik* (Frankfurt und New York: Campus, 1980);
- World Military Expenditures and Arms Transfers 1967—1976. U. S. Arms Control and Disarmament Agency (Washington D. C.: Government Printing Office, 1977)

Zum Stand der globalen Rüstung

Ergebnisse des SIPRI-Jahrbuches 1981 *)

Der sowjetisch-amerikanische Rüstungswettlauf ist dabei, wieder einen großen Sprung nach vorn zu machen. Diese neue Spiraldrehung wird die bis heute weitaus gefährlichste sein. Das atomare Wettrüsten könnte der Kontrolle durch die politischen Führer so sehr entgleiten, daß es außerordentlich schwer fallen dürfte, sie jemals wieder unter Kontrolle zu bringen, selbst wenn man den politischen Willen dazu einmal voraussetzt.

Vor allem werden gewaltige Mengen atomarer Waffen stationiert, die für die Abschreckung nutzlos sind, mit denen man aber einen Atomkrieg führen kann. Außerdem ist die Militärtechnologie dabei, Waffensysteme zu entwickeln, die der Vorstellung Nahrung geben, man könne einen Atomkrieg führen und gewinnen.

Die Situation im Mittleren Osten und besonders im Persischen Golf hat die USA und die Sowjetunion sehr nervös gemacht. Die USA zum Beispiel glauben, daß sie einige der dortigen Regime militärisch unterstützen, ja, die westliche Ölversorgung sogar mit militärischen Mitteln verteidigen müßten. Sie stellen deshalb gegenwärtig eine schnelle Eingreiftruppe auf, die in Krisenzeiten zum Unruheherd transportiert werden kann. Eine Reihe von Schiffen sind schon jetzt an nahegelegenen Orten, wie Diego Garcia im Indischen Ozean, stationiert, so daß sie schnell in Krisengebiete gelangen können, um dann die aus den USA eingeflogenen Truppen dort zu unter-

stützen. Die USA sind von der Notwendigkeit einer Nachrüstung überzeugt, um der, wie Washington glaubt, neuen militärischen Übermacht der Sowjetunion begegnen zu können. Die Situation in Polen und Afghanistan hat die Forderungen nach höheren Militärausgaben noch lauter werden lassen. Es kann daher kaum überraschen, daß der amerikanische Militärhaushalt in den nächsten Jahren gewaltig steigen soll.

Nachdem die UdSSR in jeder Hinsicht ein militärisches Gleichgewicht mit dem Westen erreicht hat, wird sie es sich wohl kaum erlauben, wieder ins Hintertreffen zu geraten und nochmals eine Demütigung einzustecken, wie 1962 während der Kuba-Krise. Mit Sicherheit wird daher jeder signifikante Anstieg der amerikanischen Militärausgaben durch eine Erhöhung der sowjetischen Militärausgaben mehr oder weniger wettgemacht werden.

Die Militärausgaben der Dritten Welt hatten in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten zu verzeichnen, allerdings von einem relativ niedrigen Niveau aus. Tatsache ist, daß der Anteil der Dritten Welt (ohne China) an den Welt-Rüstungsausgaben in den siebziger Jahren von etwa 4 auf 16 Prozent gestiegen ist. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß diese Steigerungsrate geringer werden wird. Es ist also zu erwarten, daß die Militärausgaben der Welt in den nächsten Jahren insgesamt rasch ansteigen werden.

Die Militärausgaben weltweit

Militärausgaben verpflichtet, aber die meisten europäischen Staaten (mit Ausnahme von

Viele Jahre lang haben die weltweiten Militärausgaben real um etwa 2 Prozent jährlich zugenommen. Nach den SIPRI-Daten sind in der Welt im vergangenen Jahrzehnt für militärische Zwecke rund viertausend Milliarden US-Dollar aufgewendet worden (in Preisen von 1978). Die Welt-Militärausgaben pro Jahr betragen heute mehr als 500 Milliarden US-Dollar.

NATO

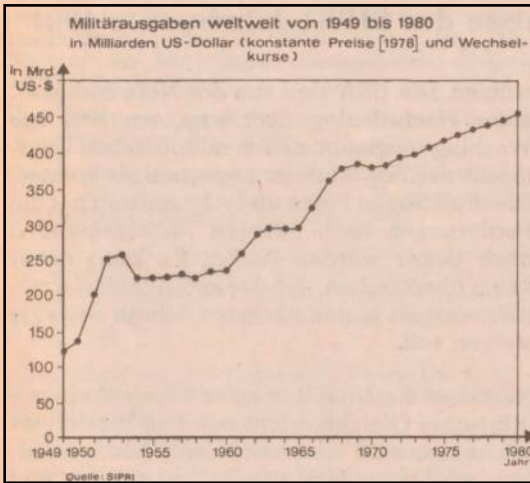
Die NATO-Staaten haben sich zu einem dreiprozentigen jährlichen realen Wachstum ihrer

*) SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute (Internationales Stockholmer Institut für Friedensforschung). Der Rang dieser Einrichtung sei durch das folgende Zitat gekennzeichnet: „Das kleine Stockholmer Friedensinstitut — zeitweise haben dort kaum mehr als ein halbes Dutzend Wissenschaftler kontinuierlich gearbeitet — ist mit der regelmäßigen Veröffentlichung des Jahrbuches fast schon in die Rolle eines ‚liberalen Weltgewissens‘ in Sachen weltweiter Aufrüstung und Militarisierung gedrängt worden“ (Militärpolitik Dokumentation, Frankfurt 1979, Heft 13, Seite 1). — Anm. der Redaktion.

Übersetzung: Richard Rüter, Dettenhausen

Großbritannien, Luxemburg und Portugal) haben dieses Ziel verfehlt. Laut US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger wird der Militärhaushalt der USA dieses Jahr (162 Mil-

Eine der Ambitionen Präsident Reagans scheint die alsbaldige Vergrößerung der US-Flotte zu sein. Die Marine hätte gerne 600 Schiffe und 15 Flugzeugträger-Einheiten (d. h. Flugzeugträger, Jets, begleitende Fregatten und Zerstörer) statt der gegenwärtig 530 Schiffe und 12 Flugzeugträger-Einheiten. Die Reagan-Administration wird wohl der Marine ihre Wünsche erfüllen. Alles in allem soll im Haushaltsjahr 1981 die Flotte um 18 Schiffe erweitert werden und noch einmal um 33 neue Schiffe (die „Entmotteten“ eingeschlossen) im Jahr 1982.

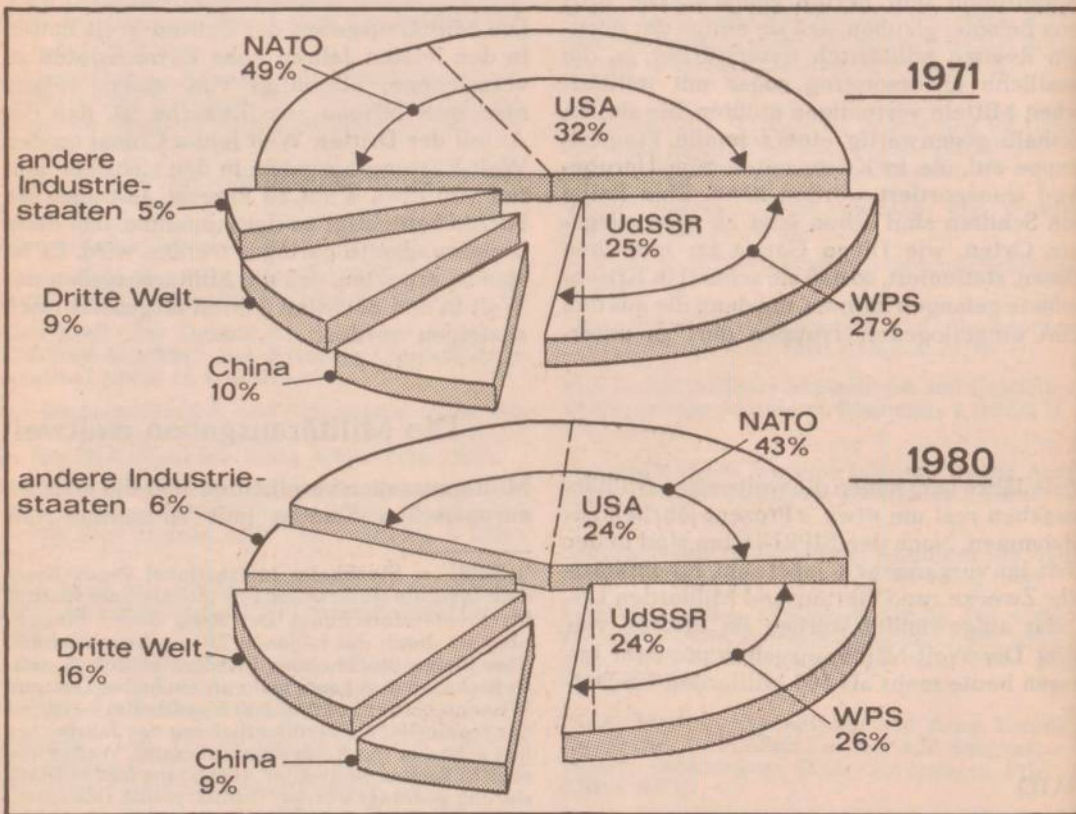


liarden US-Dollar) real um 12 % höher sein als 1980; 1982 sollen es real 15 % mehr sein als in diesem Jahr. Solche Steigerungen gab es in Friedenszeiten noch nie.

Warschauer Pakt

Auch die Sowjetunion könnte Schwierigkeiten bekommen, wenn sie von ihren Verbündeten fordert, größere Verteidigungslasten zu übernehmen. Das einzige Land des Warschauer Pakts, das überhaupt bereit ist, seine Militärausgaben wesentlich zu erhöhen, ist die DDR. Die Militärausgaben der DDR sind in den letzten drei Jahren, von 1977 bis 1980, real um rund 25 Prozent gestiegen. Die Zahlen für die anderen Warschauer-Pakt-Staaten scheinen in etwa konstant — mit Ausnahme Polens, wo sie zurückgegangen sind.

Verteilung der weltweiten Militärausgaben 1971 und 1980



Quelle: SIPRI
(WPS = Warschauer-Pakt-Staaten)

Der Militärhaushalt der UdSSR selbst bleibt aufgrund der sowjetischen Geheimhaltung fast aller militärischen Angelegenheiten ein Geheimnis. Es gibt zwar eine Schätzung der CIA, die behauptet, die sowjetischen Militärausgaben seien etwa um 50 % höher als die der Vereinigten Staaten; zum andern gibt es offizielle Zahlen der Sowjets, die besagen, daß die sowjetischen Militärausgaben nur etwa ein Fünftel der amerikanischen betragen. Beide Zahlen bieten keinen glaubwürdigen Vergleich. Wenn man von etwa gleich großen Waffenarsenalen ausgeht, ist die Annahme, daß beide Staaten etwa gleich viel für ihr Militär ausgeben, die vernünftigste.

China

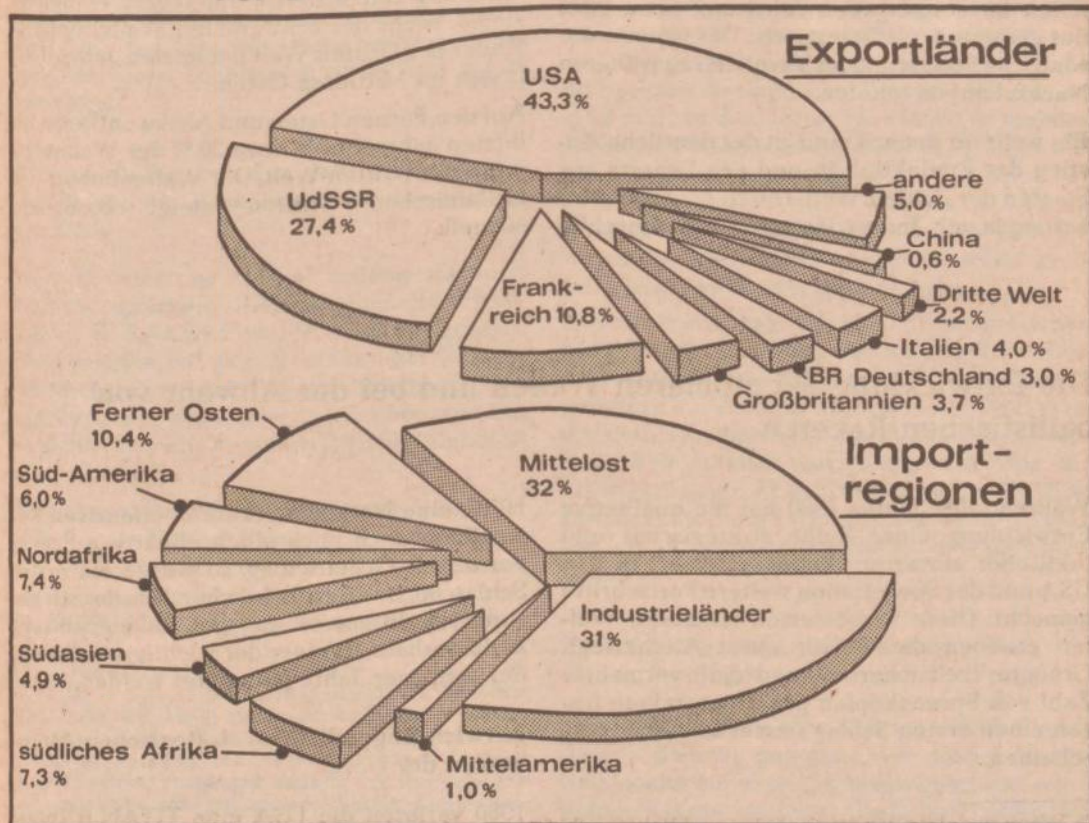
Vom chinesischen Militärhaushalt weiß man ebenfalls keine Einzelheiten, aber die verfügbaren Quellen lassen einen neuen Trend seit 1971 vermuten. Von 1965 bis 1971 sind die chinesischen Militärausgaben schnell gestiegen — schätzungsweise um rund 10 % jährlich. Das war zu der Zeit, als sich die Spannungen mit der Sowjetunion verschärften. Es sieht so aus, als hätte China 1972 seine Militärausgaben drastisch gekürzt. Allem Anschein nach sind sie zwischen 1972 und 1978 nur noch langsam gestiegen — um weniger als 2 % jährlich. 1979 sind sie dann wegen des Konflikts mit Nordvietnam erheblich emporgeschneit.

Waffenproduktion und Waffenhandel

Das SIPRI-Jahrbuch 1981 behandelt auch die Entwicklungen bei der Waffenproduktion und im internationalen Waffenhandel im Verlaufe

des letzten Jahrzehnts. In diesem Zeitabschnitt hat der weltweite Handel mit konventionellen Waffen dramatisch zugenommen.

Anteile der Hauptwaffenexportländer und der Importländer der Dritten Welt 1977 - 1980*



* einschließlich der verkauften Lizenzen zur Produktion von Schweren Waffen

Quelle: SIPRI

Neue Lieferanten und neue Abnehmer sind aufgetaucht, die angebotenen Waffen sind komplizierter und teurer geworden; die Chancen, den Waffenhandel zu kontrollieren, sind noch weiter geschwunden. Der weltweite Waffenhandel ist in jeder Hinsicht außer Kontrolle.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es etwa 140 Kriege oder bewaffnete Auseinandersetzungen; annähernd 50 davon in den letzten zehn Jahren. Diese Kriege wurden fast ausnahmslos in der Dritten Welt geführt und, mit wenigen Ausnahmen, mit Waffen aus den Industriestaaten.

Etwa 130 Milliarden US-Dollar werden jährlich in der Welt allein für Waffen ausgegeben. Das Waffengeschäft ist nach dem Ölgeschäft das zweitgrößte der Welt; es beläuft sich auf rund 35 Milliarden Dollar pro Jahr. Die größten Waffenlieferanten sind die USA und die Sowjetunion. Allein diese beiden Staaten haben in den siebziger Jahren etwa 75 % des gesamten Exports schwerer Waffen (Flugzeuge, Raketen, Panzerfahrzeuge und Kriegsschiffe) bestritten. Aber der Anteil der anderen Lieferanten wächst ständig. Auf Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und Großbritannien entfielen im vergangenen Jahrzehnt etwa 22 % des gesamten Waffenexports. Das ist eine wesentliche Steigerung im Vergleich zu früheren Nachkriegsjahrzehnten.

Ein weiterer neuer Trend ist der deutliche Anstieg der Produktion in und des Exports aus Staaten der Dritten Welt. Durch Lizenzvereinbarungen mit Industriestaaten und verschie-

dene Formen technologischer Hilfe wurden einige Dritte-Welt-Länder in die Lage versetzt, Waffen im großen Stil zu produzieren. Die führenden Waffenproduzenten der Dritten Welt sind gegenwärtig Israel, Indien, Brasilien, Südafrika und Argentinien.

Heute ist der Beitrag der Dritten Welt zum weltweiten Export von schweren Waffen noch gering. Er beträgt 2 oder 3 %, aber er wächst. Dank relativ geringer Produktionskosten sind schwere Waffen aus Ländern der Dritten Welt für andere Dritte-Welt-Länder besonders attraktiv. Dritte-Welt-Länder (wie Argentinien, Brasilien und Israel) exportieren deshalb ihre Waffen gewöhnlich in andere Länder der Dritten Welt.

Der Hauptteil (etwa 75 %) der Waffen aus den Industriestaaten geht in die Dritte Welt. Die bei weitem umfangreichsten Waffenimportgeschäfte wurden im Mittleren Osten getätigt: 48 % aller Waffenimporte der Dritten Welt in den letzten zehn Jahren entfielen auf dieses Gebiet, in dem die lokalen Konflikte mit den strategischen Interessen der Großmächte und dem Kampf um die Ölreserven dieser Region zusammenfallen. Der Ölreichtum vieler Staaten im Mittleren Osten erleichtert die Anschaffung komplizierter und teurer Waffensysteme. Sechs der acht größten Waffenimportländer der Dritten Welt (im letzten Jahrzehnt) liegen im Mittleren Osten.

Auf den Fernen Osten und Afrika entfielen im letzten Jahrzehnt je etwa 20 % der Waffenimporte der Dritten Welt. Der Waffenimport der afrikanischen Staaten steigt besonders schnell.

Die Entwicklung bei atomaren Waffen und bei der Abwehr von ballistischen Raketen

Während des Jahres 1980 hat die qualitative Entwicklung einer Reihe strategischer und taktischer atomarer Waffensysteme in den USA und der Sowjetunion weitere Fortschritte gemacht. Diese verbesserten atomaren Waffen erhöhen die Gefahr eines Atomkriegs. Größere Treffsicherheit und eine vermehrte Zahl von Sprengköpfen pro Trägerrakete lassen einen ersten Schlag immer lohnender erscheinen.

**) Wenn im folgenden von Raketen und Raketenabwehr die Rede ist, sind immer ballistische Raketen gemeint (Anm. d. Übers.).*

Hätte eine Nation außer ihren offensiven Kapazitäten auch noch einen effektiven Schutz vor einem Gegenschlag, so würde ein erster Schlag noch wahrscheinlicher. Das derzeit gesteigerte Interesse an der Raketenabwehr kann deshalb als einer der wichtigsten Trends der achtziger Jahre betrachtet werden.

Entwicklungen bei den strategischen Atomwaffen der USA

1980 verloren die USA eine TITAN II Interkontinentalrakete (ICBM) durch einen Unfall. Dadurch verringerte sich die Zahl der TITAN-

Raketen von 53 auf 52 und die Gesamtzahl der einsatzfähigen US-Interkontinentalraketen von 1 053 auf 1 052.

1980 ging die Montage des MARK 12 A Gefechtskopfs auf MINUTEMAN III ICBMs und die Umrüstung der strategischen POSEIDON Atom-U-Boote auf TRIDENT I SLBMs weiter. Auch die Entwicklung der von Flugzeugen aus gestarteten Marschflugkörper der mobilen MX ICBMs und der TRIDENT II SLBMs wurde fortgesetzt*). Außerdem wurden erneut Forderungen nach Entwicklung eines neuen strategischen Bombers laut, der die B-52 ersetzen soll.

Gemäß den Vereinbarungen in SALT I sollen zwei strategische POLARIS Atom-U-Boote 1981 stillgelegt werden. Von acht weiteren POLARIS Atom-U-Booten sollen Ende 1981 die Atomraketen demontiert und die U-Boote in Jagd-U-Boote umgerüstet werden.

Vier POSEIDON Atom-U-Boote wurden 1979 und 1980 auf TRIDENT I SLBMs umgerüstet. Insgesamt sollen 12 POSEIDON U-Boote so umgebaut werden, daß jedes von ihnen 16 TRIDENT I Raketen tragen kann.

Versuche auf See mit den ersten der strategischen TRIDENT Atom-U-Boote sind für 1981 vorgesehen. Der ursprüngliche Plan sah acht TRIDENT U-Boote vor (diese wurden schon geordert), doch könnte sich diese Zahl auf 25 erweitern.

Entwicklungen bei den taktischen Atomwaffen und bei atomaren Gefechtswaffen in den USA

Die Entwicklung des bodengestarteten Marschflugkörpers (GLCM) und der PERSHING II RAKETE wurde 1980 fortgesetzt. Das Pentagon hat jedoch im Oktober 1980 einen sechsmonatigen Teststop für die GLCM angekündigt. Die Cruise Missiles werden wohl dennoch im Dezember 1983 einsatzbereit sein.

Nach einem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 soll die Stationierung von 464 amerikanischen GLCMs und 108 PERSHING II Raketen in fünf europäischen Ländern 1983 beginnen. Die PERSHING II sollen in der Bundesrepu-

*) SLBM — Submarine Launched Ballistic Missiles (von U-Booten abzuschießende ballistische Raketen). MX-ICBM = Missile X (Mobile amerikanische Interkontinentalrakete). Die Trident-I-SLBM ist gegenüber ihrem Vorgänger stärker und treffgenauer und daher zur Bekämpfung von harten Zielen wesentlich besser geeignet. Ähnliches gilt für die Umrüstung der Minuteman-III-ICBMs (Anmerkung der Redaktion).

blik stationiert werden. Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik haben sich bereit erklärt, GLCMs zu stationieren. Ob Belgien voll am Programm teilnehmen wird, ist unklar. Die Niederlande werden Ende 1981 über die Stationierung von GLCMs auf ihrem Boden entscheiden.

Entwicklungen bei den strategischen Atomwaffen in der Sowjetunion

Die Sowjetunion entwickelt ein neues strategisches Atom-U-Boot, die TAIFUN, in der 25 000—30 000-Tonnen-Klasse, also ein wesentlich schwererer Typ als das amerikanische TRIDENT U-Boot mit seinen 18 700 Tonnen. Ein Boot der TAIFUN-Klasse, das, wie es heißt, 20 SLBMs tragen kann, ist schon vom Stapel gelaufen; drei andere sind im Bau.

Die neue feststoffgetriebene TAIFUN SLBM, die SS-NX-20, ist sehr wahrscheinlich mit mehreren Sprengköpfen ausgerüstet, die unabhängig voneinander auf Ziele programmiert werden können (MIRVs). Man erwartet, daß sie ab Mitte der achtziger Jahre einsatzfähig ist.

Es gibt Berichte, nach denen die Sowjetunion zwei neue Typen von feststoffgetriebenen Interkontinentalraketen testet. Eine davon soll, wie die geplante amerikanische MX ICBM, ein großes bewegliches System sein. Diese muß man zu den schon entwickelten mobilen Interkontinentalraketen, den SS-16, hinzuzählen, die aber, nach den Vereinbarungen von SALT I, vielleicht nicht aufgestellt werden. Man muß davon ausgehen, daß die Sowjetunion die Treffsicherheit ihrer Interkontinentalraketen weiter verbessern wird.

Die Stationierung der neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen, der SS-20, geht weiter. Ende 1980 waren rund 180 SS-20 stationiert, gerichtet auf Ziele in Europa und China. Wieder muß man davon ausgehen, daß deren Treffsicherheit ständig verbessert wird. Wie die amerikanischen PERSHING II ist die SS-20 so treffsicher (oder sie wird es bald sein), daß man sie als atomare Gefechtswaffe betrachten kann.

Entwicklungen bei den Atomwaffen in China, Großbritannien und Frankreich

Im Mai 1980 hat China eine Interkontinentalrakete (ICBM) getestet, die CSS-4, deren Reichweite auf über 13 000 km geschätzt wird. Solche Raketen könnten Ziele im Westen der USA treffen. Die neue Interkontinentalrakete hat die doppelte Reichweite der anderen chi-

nischen ICBMs, der CSS-3, von denen einige wenige seit 1978 aufgestellt worden sind. Man erwartet, daß die CSS-4 bald einsatzbereit ist.

Man nimmt an, daß China auch etwa 60 CSS-2 Mittelstrecken-Raketen (Reichweite etwa 3 000 km) und etwa 50 Kurzstreckenraketen (etwa 1 100 km Reichweite) stationiert hat. Die CSS-1, die einen Sprengkopf von etwa 20 000 Tonnen TNT Sprengkraft besitzt, wurde 1966 in Dienst gestellt.

Zusätzlich zu diesen Raketen haben die Chinesen etwa 60 HONG-6 Mittelstreckenbomber mit einer Reichweite von 3 500 km, die wahrscheinlich Atombomben mit einer Sprengkraft von mehreren Millionen Tonnen (Megatonnen) TNT an Bord haben. Sie verfügen ferner über ein Atom-U-Boot und sind dabei, weitere zu bauen. Diese sind mit Raketenabschußrampen ausgerüstet. China hat noch keine U-Boot-Raketen entwickelt, wird dies aber sicher bald nachholen.

Großbritannien hat 1980 beschlossen, vier neue Atom-U-Boote zu bauen, die mit je 16

amerikanischen TRIDENT I Raketen ausgerüstet werden sollen. Sie sollen in den frühen neunziger Jahren die britischen POLARIS U-Boote ersetzen. Die heute existierenden englischen POLARIS Raketen (die mit drei 200-Kt-Sprengköpfen bestückt sind) werden jetzt mit dem CHEVALINE-Gefechtskopf ausgerüstet, der bekanntlich Anti-Raketen-Raketen ausweichen kann.

Frankreich hat im Juni 1980 bekanntgegeben, daß es eine „Waffe mit erhöhter Strahlung“ (Neutronenbombe) entwickelt und getestet hat. Nach offiziellen Angaben wird Frankreich 1982/83 entscheiden, ob die Bombe produziert werden soll.

Die Entwicklung der französischen M-4 U-Boot-Rakete, die sechs oder sieben unabhängig voneinander steuerbare Gefechtsköpfe (MIRVs) mit je 150 Kt Sprengkraft tragen soll, geht weiter voran. Sie soll die M-20 (Reichweite 3 000 km, ein 1 Mt Sprengkopf) ersetzen, mit der heute Frankreichs strategische Atom-U-Boote ausgerüstet sind. Der erste Testflug der M-4 fand im Dezember 1980 im Pazifik statt.

Die nukleare Abschreckung dankt ab

Das langsame Ende der nuklearen Abschreckung und die Entwicklung atomarer Gefechtsstrategien sind inzwischen mehr oder weniger in das allgemeine Bewußtsein gedrungen. Zum größten Teil stammt das Wissen der Öffentlichkeit aus der Publicity, die bei Ex-Präsident Carters Wahlkampfkampagne um die zunächst streng geheime Direktive 59 entstanden ist.

Nukleare Abschreckung beruht auf der Annahme, daß der Feind nicht zuerst angreift, wenn er weiß, daß im Gegenschlag der größte Teil seiner Bevölkerung und seiner Industrie vernichtet wird. Städte sind die Geiseln der Abschreckung. Wenn der Gegner nicht mehr um seine Städte fürchtet, funktioniert auch die nukleare Abschreckung nicht mehr. Genau das aber wird passieren, sobald man treffsichere und verlässliche Raketensprengköpfe hat.

Man darf nicht vergessen, daß Abschreckung hauptsächlich eine psychologische Sache ist. Entscheidend ist, was der Gegner glaubt. Es ist deshalb unmöglich, mit punktgenau treffenden Waffen eine Politik der atomaren Abschreckung beizubehalten, ganz einfach deshalb, weil der Gegner wohl oder übel annehmen muß, daß die Sprengköpfe der anderen Seite auf militärische Ziele gerichtet sind und nicht auf Städte. Mit anderen Worten: Treffsich-

erheit ist der Tod der Abschreckung. Begrenzbarer atomarer Krieg, d. h. Zerstörung der feindlichen Militärbasen und Stellungen, ist dann die einzig glaubhafte und daher auch die einzig mögliche Strategie.

Die Vorstellungen vom begrenzten Atomkrieg werden im Augenblick durch eine beträchtliche Zahl von Erstschlagstechnologien genährt. Diejenigen, die mit der U-Boot-Bekämpfung zusammenhängen, sind dabei die gefährlichsten. Da inzwischen die bodenstationierten Raketen bei einem ersten Schlag durch feindliche Raketen leicht zerstörbar sind, beruht die atomare Abschreckung allein auf der Unverwundbarkeit der strategischen U-Boote. Sollten strategische Atom-U-Boote tatsächlich einmal verwundbar werden (und das ist wohl, nach heutigen Untersuchungen, nur eine Frage der Zeit), könnte ein erster Schlag sich anbieten, ja, sogar als notwendig erscheinen, bevor der Gegner seinerseits die Fähigkeit zum ersten Schlag erlangt.

Andere Erstschlagssysteme, die gerade entwickelt oder aufgestellt werden, sind Navigationssysteme mit nie zuvor gekannter dreidimensionaler Genauigkeit, Anti-Satelliten-Systeme, Anti-Raketen-Systeme, Frühwarnsysteme, Befehls-, Kontroll-, Kommunikations- und Informationssysteme, Aufklärungssysteme. Das größte Interesse bei diesen meist im

Weltraum angesiedelten Technologien gilt heute der Abwehr ballistischer Raketen.

Raketenabwehr

Ein Raketenabwehrsystem soll feindliche Raketen im Flug orten und zerstören. Die heutigen Systeme arbeiten mit Bodenradar und Computern, die feindliche Sprengköpfe orten und deren Bahn verfolgen sollen, und atombestückten Anti-Raketen-Raketen mit extrem hoher Beschleunigung, die die feindlichen Sprengköpfe zerstören sollen.

Da aber diese Systeme schwerwiegende Fehler aufweisen, sind beide Seiten dabei, neue Raketenabwehrsysteme zu entwickeln. Bei einem dieser Systeme auf amerikanischer Seite soll ein Frühwarnsatellit den Start einer feindlichen Rakete kurz nach dem Abschluß registrieren. Er schickt ein Signal zur Erde, worauf ein Infrarot-Teleskop mit einer Rakete in den Weltraum geschossen wird — im wesentlichen ein Mosaik aus vielen kleinen Infrarot-Sensoren, die auf der Brennebene im optischen System des Teleskops angeordnet sind —, außerdem wird eine Abfangrakete gestartet. Das Teleskop und sein Computer sollen die feindlichen Sprengköpfe orten, ihre Bahn verfolgen und diese Information an die Abfangrakete weitergeben. Die Abfangrakete hat einen eigenen Infrarot-Zielsucher, der durch Signale vom Teleskop auf die feindlichen Sprengköpfe eingestellt wird.

Die Abfangrakete könnte nun direkt mit dem feindlichen Sprengkopf kollidieren oder aber einen Stoß Metallteilchen in die Bahn des Sprengkopfs werfen, um ihn zu zerstören. Nach dem heutigen Stand der Planung soll das System nächstes Jahr unter Gefechtsbedingungen getestet werden: Eine MINUTEMAN III Interkontinentalrakete mit drei blinden Sprengköpfen soll gestartet werden; die Abfangrakete soll diese Sprengköpfe im Weltraum zerstören.

Infrarot-Teleskope arbeiten auf mikroelektronischer Basis. Tatsächlich hat die Revolution der Mikroprozessoren viele der jetzt in der Entwicklung befindlichen Erstschlagstechnologien erst möglich gemacht.

Das im Weltraum stationierte Raketenabwehrsystem wird, falls es eingerichtet wird, wahrscheinlich mit einem bodenstationierten System gekoppelt werden. Jeder Sprengkopf, der dem ersteren entgeht, wird dann, so hofft man, vom letzteren zerstört. Ein spezielles — „Abwehr in niedriger Höhe“ genanntes — System soll die höchst komplizierten mobilen

MX Interkontinentalraketen schützen, deren Stationierung für die Mitte der achtziger Jahre vorgesehen ist. Dieses System soll einen Hochfrequenzradar mit phasengesteuerter Abtastung benutzen, der mit relativ wenig Energie auskommt.

Man entwickelt auch Hochenergie-Laser zur Raketenabwehr, doch sind das nicht die einzigen möglichen Instrumente. Die US-Luftwaffe testete einen Hochenergie-Laserstrahl aus ihrem in ein KC-135 Flugzeug eingebauten AIRBORNE LASER LABORATORY mit voller Energie. Der Test fand auf einem Flugplatz in New Mexico am Boden statt, ein Test in der Luft steht nächstes Jahr bevor.

Wenn ein Energiestoß einer Hochenergie-Laserstrahlung auf ein Objekt trifft, erhitzt er blitzschnell eine dünne Schicht von dessen Oberfläche. Diese explodiert sofort und es geht eine Druckwelle durch das Objekt. Eine Rakete und ihr Sprengkopf sind empfindliche Geräte, die dadurch ziemlich sicher zerstört werden. Außerdem könnte der Zusammenstoß des Laserstrahls mit seinem Ziel eine große Menge Röntgenstrahlen freisetzen, die wiederum die empfindliche Elektronik der Rakete und ihres Sprengkopfes schwer beschädigen.

Im Weltraum stationierte Hochenergie-Laser haben die beste Chance, eine Rakete zu zerstören, wenn sich diese noch im Aufstieg befindet. Die Rakete bietet dann ein großes Ziel, das langsam fliegt und eine riesige Menge entflammaren Treibstoffs mit sich führt. Außerdem ist die Rakete durch die Reibung der Atmosphäre in dieser Phase sehr heiß und kann dadurch leicht von Infrarot-Sensoren geortet werden.

Hochenergie-Laser haben zwar schon „erfolgreich“ Ziele aus kurzer Entfernung zerstört, aber es gibt noch viele Probleme zu lösen, bevor sie gegen feindliche Raketensprengköpfe eingesetzt werden können. Vor allem muß man ein schnellfliegendes Objekt erst einmal verfolgen und treffen. Die Meinungen über die Schwierigkeiten bei diesem Problem gehen auseinander. Einige Fachleute glauben, sie seien größtenteils schon gelöst. Tatsächlich sollen Geräte für diese Aufgaben im *Space Shuttle* getestet werden (in einem Programm, das euphemistisch *Talon Gold*, goldene Klaue, genannt wird).

Wenn man den heutigen Trend zu atomaren Gefechtsstrategien betrachtet, ist zu erwarten, daß die Supermächte fieberhaft an Raketenabwehrsystemen im Weltraum arbeiten werden. Wenn sie dabei Erfolg haben, wird die Welt noch unsicherer sein, als sie es jetzt schon ist.

Andere militärische Entwicklungen im Weltraum

1980 wurden 103 Militärsatelliten gestartet, 14 von den USA und 89 von der Sowjetunion. Dadurch wuchs die Zahl aller seit Beginn des Raumzeitalters 1957 gestarteten Militärsatelliten auf 1801. Das sind mehr als 75 % aller Satelliten, die je gestartet worden sind.

Rund 40 % der 1980 gestarteten Militärsatelliten waren Fotosatelliten zur Aufklärung, die meisten davon stammen von der Sowjetunion. Diese startet deshalb so viele, weil ihre Satelliten eine relativ kurze Lebensdauer haben (normalerweise nur 13 Tage). Die amerikanischen Satelliten dagegen bleiben sehr lange auf ihrer Umlaufbahn.

Zur Ozeanaufklärung startete die Sowjetunion 1980 einen Satelliten, der dem ähnlich ist, der Anfang 1978 in Kanada niederging, und wohl

Rüstungskontrolle

Die zweite Konferenz zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

Das Hauptereignis zum Thema *Rüstungskontrolle* war die zweite Konferenz über die Einhaltung des Nichtweiterverbreitungsvertrages. Die Konferenz kam zu keiner gemeinsamen Erklärung. Das ungünstige politische Klima, in dem die Konferenz scheiterte, hatte mehrere Ursachen: Die unsichere Zukunft der Gespräche über die Beschränkung strategischer Waffen, das Scheitern eines umfassenden Test-Stops, die Unfähigkeit der US-Regierung, während einer Kampagne zur Präsidentschaftswahl Entscheidungen zu treffen, die internationale Reaktion auf die Intervention der Sowjets in Afghanistan, der aktuelle Konflikt in der Region um den Persischen Golf und die Auseinandersetzung um die eurostrategischen Raketen. Überdies erhoben die Staaten der Dritten Welt den Vorwurf, daß bisher bei der nuklearen Abrüstung nicht die geringsten Fortschritte gemacht worden seien.

Eine der Hauptkontroversen war die Anwendung der Sicherheitsbestimmungen des Artikel III des Nichtweiterverbreitungsvertrags. Alle Konferenzteilnehmer stimmten im Prinzip darin überein, die umfassenden Sicherheitsbestimmungen auch auf Nichtunterzeichnerstaaten anzuwenden, aber man konnte sich nicht darüber einigen, ob diese Bestimmungen zur *Bedingung* für Lieferungen gemacht werden sollten. Fortgesetzte Lieferungen an Nichtunterzeichnerstaaten, vor allem an solche, die Beschaffungsmöglichkeiten ohne Si-

wieder einen Atomreaktor an Bord hat. Er wurde nach einigen Wochen in eine größere Umlaufbahn gebracht und wird dort für einige Jahrhunderte bleiben. Im März 1981 hat die Sowjetunion zwei besondere Satelliten gestartet: Einen Killersatelliten und einen Zielsatelliten. Das Experiment hatte Erfolg. Der Zielsatellit wurde im Weltraum zerstört. Das war der Höhepunkt eines sowjetischen Anti-Satellitenprogramms, bei dem etwa 37 Ziel- und Killersatelliten gestartet worden sind. Es war der erste Versuch der Sowjetunion, einen Satelliten im Weltraum wirklich zu zerstören.

Die USA haben ebenfalls ein Anti-Satelliten-Programm. Sie werden wohl bald den Versuch machen, nicht-nukleare Sprengköpfe von einem schnellen und sehr hoch fliegenden Flugzeug zu starten. Der Sprengkopf soll durch ein Infrarot-Suchgerät zum Zielsatelliten geführt werden.

cherheitsklausel haben, gefährden die Existenz des Vertrages genauso wie das Scheitern jeglicher wirklichen Abrüstung bei den Nuklearstaaten.

Die meisten Delegierten bei der Konferenz dauerten das Scheitern der trilateralen Verhandlungen zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien über einen umfassenden Atomteststopp. Die Nuklearmächte führen nach wie vor Atomwaffentests durch. 1980 fanden 49 Atomexplosionen statt; 20 entfielen auf die UdSSR, 14 auf die USA, auf Frankreich 11, drei auf Großbritannien und eine auf China. Dadurch erhöht sich die Zahl aller Atomexplosionen von 1945 bis 1980 auf 1 271; davon fanden 62 % nach der Unterzeichnung des Teststoppabkommens im Jahre 1963 statt, das Tests in der Atmosphäre verbietet.

Das Verbot unmenschlicher und unterschiedslos wirkender Waffen

Die zweite Runde der UN-Konferenz über „unmenschliche Waffen“ fand von September bis Oktober 1980 statt. Der Generalversammlung der UN wurden ein Abkommen über Verbot bzw. Beschränkung des Gebrauchs bestimmter konventioneller Waffen und drei Protokolle zur Empfehlung vorgelegt.

Das einzig konkrete Ergebnis der ersten Runde (1979) der Konferenz war die Übereinstimmung aller Teilnehmerstaaten beim vorbehaltlosen Verbot aller Waffen (wie z. B. Plastik-Splitterbomben), deren Splitter im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht festgestellt werden können. Dieses Ver-

bot wurde auch in der zweiten Runde verhandelt und als Protokoll verabschiedet.

Das zweite Protokoll behandelt Beschränkung bzw. Verbot von Minen und „anderen Vorrichtungen“ (es handelt sich hier um jene handverlegten Sprengsätze und Vorrichtungen zum Zwecke der Tötung, Verletzung und Beschädigung, die durch Fernsteuerung oder Zeitzünder gezündet werden). Das dritte Protokoll betrifft Verbote bzw. Beschränkungen des Ge-

brauchs von Brandwaffen. Der Gebrauch von Brandwaffen gegen Soldaten bleibt weiterhin unbeschränkt und selbst der Schutz der Zivilbevölkerung vor solchen Angriffen ist unvollständig.

Die Bedeutung der neuen Konvention und der Protokolle wird durch den bewußten Ausschluß von atomaren Waffen und anderen Massenvernichtungswaffen aus den Verhandlungen beträchtlich eingeschränkt.

Schlußfolgerungen

Die größte Enttäuschung für alle Befürworter einer Kontrolle des atomaren Wettrüstens war 1980, daß die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags (1979 durch die UdSSR und USA unterzeichnet) im amerikanischen Senat gescheitert ist. Ohne SALT oder wenigstens entscheidende Fortschritte bei den SALT-Verhandlungen gibt es schwerlich irgendeinen tatsächlichen Fortschritt bei anderen Rüstungskontrollverhandlungen wie zum Beispiel über einen umfassenden Teststopp. Solange SALT II nicht ratifiziert ist, kann man nur hoffen, daß die USA und die Sowjetunion sich an die in den SALT-Verträgen festgelegten Begrenzungen halten. Beide haben es jedenfalls versprochen.

Trotz des enormen Ressourcenverbrauchs für militärische Zwecke fühlen sich die meisten Menschen immer unsicherer. Die Kosten der Militärausgaben müssen deshalb als tragische Verschwendung unserer begrenzten Ressourcen bezeichnet werden, die im Grunde durch nichts zu rechtfertigen ist.

Die Auswirkungen auf den Lebensstandard des Durchschnittsbürgers wären beträchtlich, wenn die Rohstoffe, die industriellen Kapazitäten und vor allem die menschliche Energie und Erfindungsgabe, die man heute für die Rüstung der Welt verwendet, zivilen Zwecken zugute kämen. Die Trennung von Wissenschaft und Vernunft ist besonders tragisch. Die komplexesten wissenschaftlichen, technologischen und organisatorischen Probleme werden vom Militär und seinen Wissenschaftlern gelöst. Wenn zur Lösung von Problemen, wie z. B. der Weltgesundheit oder der Welternährung, die gleichen Anstrengungen unternommen würden, so wären die Ergebnisse wohl eindrucksvoll. Die Erde verbraucht beträchtlich mehr Ressourcen für militärische Zwecke als für die Gesundheit der Menschen und etwa gleich viel wie für deren Erziehung und Bildung.

Bei den geplanten und wahrscheinlichen Steigerungen der Militärhaushalte in den nächsten Jahren muß man damit rechnen, daß sich das Wettrüsten zwischen Ost und West wesentlich beschleunigt. Neue atomare Waffen und Waffensysteme werden entwickelt und stationiert. Einige davon werden die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Weltkriegs erhöhen. Der Trend von den Strategien nuklearer Abschreckung zu praktikablen atomaren Gefechtsstrategien wird weitergehen.

Der internationale Waffenhandel, der schon seit geraumer Zeit außer Kontrolle ist, verbreitet die wirksamsten Waffen über die ganze Erde. Immer mehr Staaten der Dritten Welt errichten gewaltige Rüstungsindustrien und werden ihre Waffen wohl auch verkaufen, wie man aus den Erfahrungen in der Vergangenheit wohl mit Recht schließen darf. Einige dieser Staaten sind schon heute am Waffenexport beteiligt.

Es hat sich gezeigt, daß die Vereinbarungen über die Nichtweiterverbreitung die Ausbreitung atomarer Waffen nicht hat verhindern können. Deshalb werden auch Staaten in instabilen Regionen zunehmend nervös, wenn ihre Nachbarn Atomreaktoren und andere Elemente des nuklearen Brennstoffkreislaufs für friedliche Zwecke anschaffen. Die Unfähigkeit der heutigen Nuklearmächte, das atomare Wettrüsten zu kontrollieren, fördert die Lieferung von Atomwaffen an Länder, die heute noch keine besitzen.

Durch die Beschleunigung des atomaren Wettrüstens wächst die Bedeutung von Abrüstungsverhandlungen in Europa. Schließlich stehen sich hier die Armeen der Supermächte direkt gegenüber. Mindestens 10 000 Atomwaffen sind auf Ziele in Europa gerichtet, und beide Seiten planen hier die Stationierung neuer atomarer Gefechtswaffen. Es gibt deshalb viele gute Gründe, eine Abrüstungskonferenz für Europa einzuberufen. Es bleibt zu hoffen, daß dies bald geschieht.

Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollkonzepte

Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß

I. Einleitung

Wohl nie zuvor haben Fragen der Rüstungskontrolle in Europa hierzulande soviel Aufmerksamkeit gefunden wie seit dem Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 über die Stationierung von 572 amerikanischen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in einigen westeuropäischen Mitgliedstaaten des Bündnisses. Der Beschluß sieht vor, etwa ab 1983 folgende Potentiale aufzubauen: in der Bundesrepublik 108 Pershing II Mittelstreckenraketen und 24 Startgeräte für landgestützte Marschflugkörper (ground launched cruise missiles = GLCM) mit jeweils vier Flugkörpern, zusammen also 96 Raketen, 160 Marschflugkörper in Großbritannien, 112 in Italien und jeweils 48 in Belgien und den Niederlanden. Alle 572 Systeme sollen mit jeweils einem nuklearen Sprengkopf ausgerüstet sein. Die Vereinigten Staaten wollen möglichst rasch 1000 nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abziehen; die 572 Sprengköpfe für die neuen Systeme sollen innerhalb des derart verminderten Bestandes untergebracht werden. Parallel dazu sollen Verhandlungen mit der Sowjetunion angestrebt werden über die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte und für den Einsatz in Europa bestimmte Kernwaffensysteme mit großer Reichweite¹⁾.

Die in der Bundesrepublik um den Doppelbeschluß entbrannten Kontroversen sind bekannt. Sie gehen im Kern um das relative Gewicht seiner beiden Komponenten „Verhandlung“ und „Nachrüstung“. In beiden Regierungsparteien werden dazu sehr gegensätzliche Standpunkte vertreten. Die Regierung beharrt darauf, das Nachrüstungsprogramm so-

lange fortzusetzen und durchzuführen, bis konkrete Verhandlungsergebnisse es entbehrlich machen oder seine Einschränkung gestatten. Andererseits wird gefordert, die Nachrüstung auszusetzen und rasch Verhandlungen zu eröffnen, um nach einer Einigung mit der Sowjetunion auch längerfristig auf die geplanten Systeme verzichten zu können. Als wichtiges Argument für diese Abkehr vom Doppelbeschluß wird angeführt, daß eine der zentralen „Geschäftsgrundlagen“ für seine Unterstützung mit der Verschiebung der Ratifikation von SALT II auf unbestimmte Zukunft in den Vereinigten Staaten entfallen sei. Deutlicher als durch die mehr oder weniger verklauulierte Rücktrittsdrohungen des Bundeskanzlers von Mitte Mai 1981 hätte die Ernsthaftigkeit dieser Auseinandersetzungen kaum unterstrichen werden können.

Der Lärm der innenpolitischen Schlacht um den NATO-Doppelbeschluß hat zwar mitgeholfen, in der westdeutschen Öffentlichkeit die Auffassung zurückzudrängen, die Kontrolle nuklearer Rüstungen in Europa sei ausschließlich Sache der beiden Großmächte. Gleichzeitig wurde aber der konventionelle Bereich der europäischen Rüstungskontrolle, der sich ohnehin noch nie besonders breiter Aufmerksamkeit erfreuen durfte, noch weiter in den Hintergrund gerückt. Die seit 1973 geführten Wiener MBFR-Verhandlungen über beiderseitigen und ausgewogenen Truppenabbau stagnieren seit Jahren; ihre einzelnen Runden — die 23. und bisher letzte fand von Januar bis Ostern 1981 statt — werden in der Presse inzwischen bestenfalls noch einiger Zeilen für würdig befunden²⁾. Der Druck öf-

¹⁾ Zum Text des NATO-Doppelbeschlusses, seiner Vorgeschichte und seinen Auswirkungen vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), Die nuklearen Mittelstreckenwaffen: Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980, sowie ausführlicher: The Modernization of NATO's Long-Range Theater Nuclear Forces (Report prepared for the Subcommittee on Europe and the Middle East of the Committee on Foreign Affairs, U.S. House of Representatives), Washington 1981.

²⁾ Zu Entwicklung, Stand und Aussichten der Wiener Verhandlungen vgl. z. B.: L. Rühl, Die Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa: Stand und Aussichten, in: Europa-Archiv 32 (1977), S. 399-408; U. Nerlich, Die Politik des Streitkräfteabbaus in Europa, in: Europa-Archiv 32 (1977), S. 197-204; W. Schilling, Verhandlungen über Truppenabbau in Europa: MBFR, in: E. Forndran, P. J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979, S. 207-216; H. Rattinger, MBFR — Stagnation und weitere Aussichten, in: Außenpolitik 30 (1979), S. 331-343.

fentlicher Erwartungen auf diese Gespräche, wie er sich etwa in der Kritik des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner im Frühjahr 1979 an der westlichen Verhandlungsposition in Wien widerspiegelte, ist durch die Nachrüstungsdebatte stark vermindert worden, was die Chancen einer Übereinkunft nicht gerade verbessert hat. Derzeit knüpfen sich an die MBFR-Gespräche kaum große Hoffnungen. Ihr politischer Sinn besteht vor allem nur noch darin, ein etabliertes Forum des sicherheitspolitischen Dialogs zwischen NATO und Warschauer Pakt nicht aufzugeben, auch wenn konkrete Ergebnisse von ihm gegenwärtig nicht erwartet werden können.

Schon die Stagnation der MBFR-Verhandlungen, die gegenseitige Blockierung der beiderseitigen Verhandlungsziele und die anschließende Datendiskussion hatten gezeigt, daß die Rüstungskontrollpolitik des westlichen Bündnisses für Europa einer sorgfältigen Überprüfung bedarf, wobei vorrangig zwei Fragen zu klären sind. Die erste Frage lautet: Wozu eigentlich Rüstungskontrolle? Für welche allgemeinpolitischen Vorgaben kann und soll Rüstungskontrolle in Europa einen Beitrag leisten, was soll sie erreichen? Die zweite Frage ist aus der Antwort auf die erste abzuleiten: Welche konkreten Verhandlungsziele sollen eingebracht, welche Verhandlungsergebnisse angestrebt werden, damit die Rüstungskontrolle in Europa tatsächlich den ihr im ersten Schritt gesetzten Zweck erfüllt? Die Meinungsverschiedenheiten über den NATO-Doppelbeschluß haben eine solche kritische Standortbestimmung der westlichen Rüstungskontrollpolitik noch viel notwendiger und dringender werden lassen, zumal seine Rüstungskontrollkomponente noch recht vage ist. Wenn man davon ausgeht, daß sie nicht als Beruhigungspille für die Gegner jeglicher Nachrüstung gedacht ist, zu welchem Zweck soll dann über die Begrenzung nuklearer Waffensysteme in Europa mit größerer Reichweite verhandelt werden und welches Ergebnis sollten solche Verhandlungen haben?

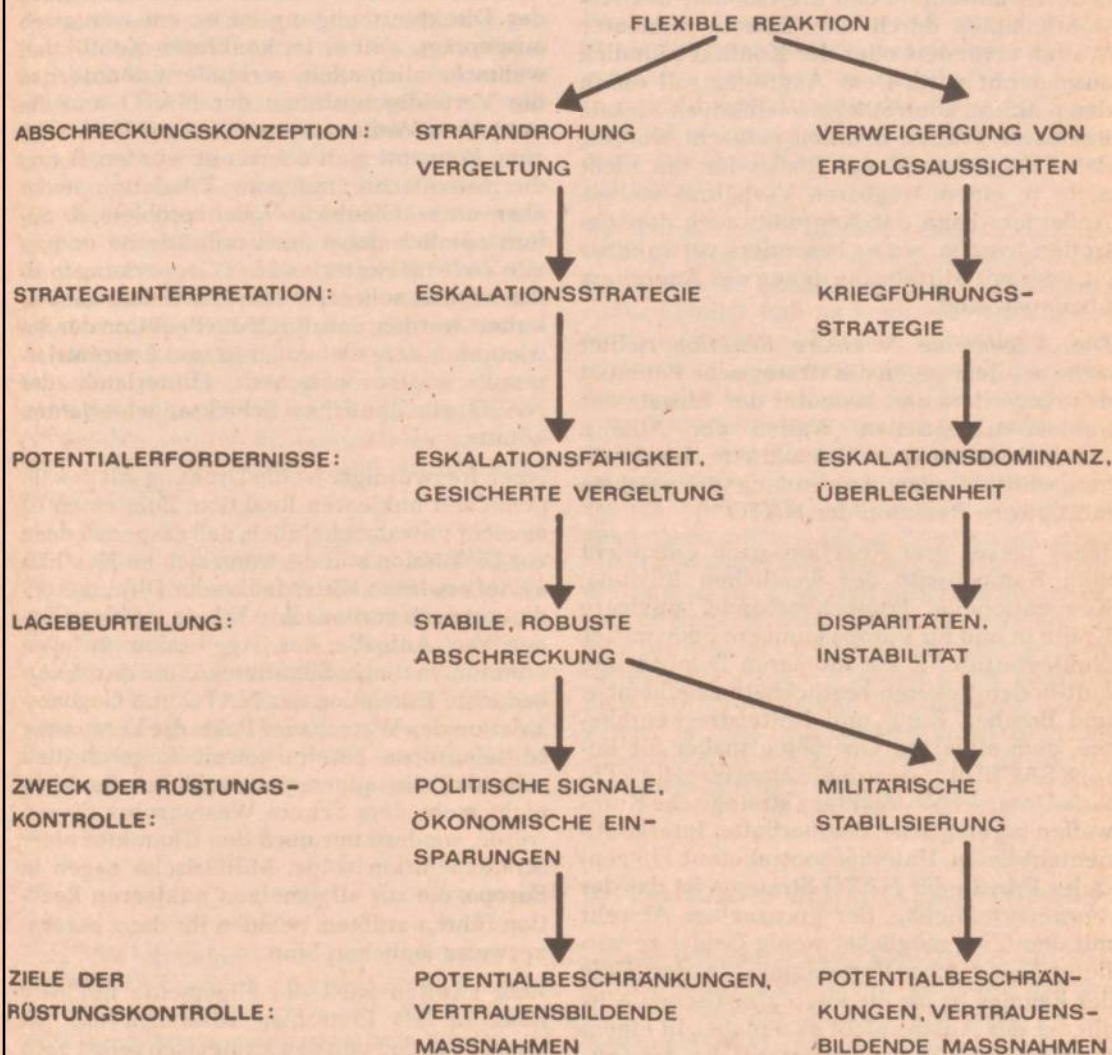
Der vorliegende Beitrag geht von der These aus, daß es auch nach einer gründlichen rüstungskontrollpolitischen Neubewertung auf diese Fragen keine eindeutigen Antworten geben kann, daß vielmehr hinter unterschiedlichen Antworten seit langem divergierende Auffassungen über die Strategie der westlichen Allianz stehen. Im Jahre 1961 formulierten Thomas Schelling und Morton Halperin in

ihrem inzwischen klassischen Buch „Strategy and Arms Control“, daß die Ziele der Rüstungskontrolle und der Militärstrategie identisch sein müßten: Vermeidung von Kriegen, Schadensbegrenzung im Konfliktfall und eine Begrenzung endlosen Wettrüstens³⁾. Diese einfache Gleichung geht schon lange nicht mehr auf. Da es keine einheitliche Auslegung der Militärstrategie der NATO gibt — wahrscheinlich nie gegeben hat —, haben wir auch von der Möglichkeit gegensätzlicher Zweckvorgaben für die Rüstungskontrolle auszugehen. Zwischen verschiedenen Interpretationen von Militärstrategie und verschiedenen Rüstungskontrollkonzeptionen bestehen enge logische Beziehungen, die oftmals in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion unterschlagen und vernachlässigt werden. Voraussetzung für die Bewertung der zukünftigen Richtungen und Aussichten der Rüstungskontrolle in Europa ist also, die zentralen Interpretationsmuster für die Strategie der NATO und ihre Implikationen für Ansätze zur Rüstungskontrolle herauszuarbeiten. Die Beschränkung auf Europa bedeutet nicht, daß die Bemühungen um Kontrolle strategischer Rüstung von der Diskussion um die Militärstrategie der NATO nicht berührt würden. Aus Platzgründen ist es aber hier nicht möglich, die im folgenden vorzutragenden Überlegungen über den Zusammenhang zwischen Strategie und Rüstungskontrolle auch für den SALT-Prozeß zu konkretisieren.

Aus diesen Überlegungen leitet sich die folgende Struktur dieses Beitrags ab: Zunächst sind kurz die Militärstrategie der NATO, ihre Grundwidersprüche und ihre verschiedenen Auslegungen zu erläutern. Anschließend wird das Verhältnis zwischen Strategieinterpretationen einerseits und militärischen Potentialerfordernissen und Lagebeurteilungen andererseits dargestellt, weil die Aufgaben der Rüstungskontrolle nur im Rahmen solcher Überlegungen zur militärischen Ausgangssituation definiert werden können. Hat man Klarheit über die möglichen und sinnvollen Zweckbestimmungen der Rüstungskontrolle gewonnen, dann kann man sich zum Schluß der Bandbreite konkreter Rüstungskontrollziele für Europa und ihren Zukunftsaussichten zuwenden. Der logische Aufbau dieser Argumentationskette wird durch Abbildung 1 wiedergegeben.

³⁾ T. C. Schelling, M. H. Halperin, *Strategy and Arms Control*, New York 1961.

Strategie und Rüstungskontrolle



II. Die NATO-Strategie der flexible response

1967 setzte die NATO nach langjähriger bündnisinterner Diskussion die Militärstrategie der „flexible response“ an die Stelle der Doktrin massiver nuklearer Vergeltung. „Massive retaliation“ sollte in den fünfziger Jahren die konventionelle militärische Überlegenheit der Sowjetunion dadurch kompensieren, daß der Einsatz der überlegenen amerikanischen Nuklearstreitmacht auch für den Fall begrenzter und ausschließlich konventionell vorgetragener östlicher Übergriffe angedroht wurde¹⁾. Im

Gegensatz dazu soll die Strategie der „flexible response“, der flexiblen Reaktion, nach der Lesart des Verteidigungsweißbuchs 1979 dadurch abschrecken, daß die per definitionem defensive NATO drei militärische Reaktionsarten vorbereitet, die je nach Konflikt nacheinander oder gleichzeitig ausgeführt werden sollen:

„Die *Direktverteidigung* soll dem Aggressor verwehren, sein Ziel zu erreichen, und zwar auf der Stufe des militärischen Konflikts, die der Angreifer gewählt hat. Entweder scheidet damit die Aggression oder der Aggressor wird mit der Gefahr der Eskalation konfrontiert.

¹⁾ Vgl. K.-D. Schwarz, Amerikanische Militärstrategie 1945-1976, in: K.-D. Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef 1979², S. 173-203.

Die NATO schließt den Einsatz nuklearer Waffen nicht aus.

Die *Vorbedachte Eskalation* soll einen Angriff dadurch abwehren, daß die Qualität des Abwehrkampfes durch den Einsatz nuklearer Waffen verändert oder der Konflikt räumlich ausgedehnt wird. Dem Angreifer soll durch den politisch kontrollierten selektiven Einsatz nuklearer Waffen deutlich gemacht werden, daß Erfolgchance und Risiko für ihn nicht mehr in einem tragbaren Verhältnis stehen. Außerdem kann der Angreifer auch dort getroffen werden, wo er besonders verwundbar ist, oder mit Mitteln, die denen des Angreifers überlegen sind.

Die *Allgemeine Nukleare Reaktion* richtet sich vor allem gegen das strategische Potential des Angreifers und bedeutet den Einsatz der nuklear-strategischen Waffen der Allianz. Seine Androhung ist das stärkste Abschreckungsmittel, seine Anwendung die stärkste militärische Reaktion der NATO.⁵⁾

Jeder dieser drei Reaktionsarten entspricht eine Komponente der westlichen Rüstung: Konventionelle Truppenverbände, nukleare Kräfte in und für Europa (atomare Sperrmittel, Nuklearartillerie, mit atomaren Bomben und Luft-Boden-Raketen bestückbare Jagdbomber und Bomber, Kurz- und Mittelstreckenraketen, dem alliierten Oberbefehlshaber für Europa SACEUR zugeordnete amerikanische Polaris-Unterseebootraketen), strategische Kernwaffen (strategische Bomberflotte, Interkontinentalraketen, Unterseebootraketen). Ein zentrales Prinzip der NATO-Strategie ist das der *Vorneverteidigung*, der grenznahen Abwehr mit dem Ziel, möglichst wenig Gebiet zu verlieren. Elastische Verteidigung in der Tiefe des Raumes ist für die westeuropäischen Mitglieder der Allianz nicht akzeptabel. In einem Streifen von 100 km Breite entlang der Ostgrenzen der Bundesrepublik sind 30% ihrer Bevölkerung und 25% ihres Industriepotentials angesiedelt.

Es kann nicht genug betont werden, daß die Strategie der flexiblen Reaktion die Bereitschaft zum nuklearen Ersteinsatz durch die NATO auf allen drei Konfliktstufen verlangt — sofern natürlich nicht der Gegner selbst sofort mit Kernwaffen angreift. Absprachen über den Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz wären mit dieser geltenden westlichen Doktrin völlig unvereinbar. Die Möglichkeit der Notwendigkeit des nuklearen Ersteinsatzes auf allen Es-

kalationsebenen stellt eines der Kernprobleme der Strategie der flexiblen Reaktion dar⁶⁾. Auf der untersten Ebene des Kernwaffeneinsatzes auf dem Gefechtsfeld im Rahmen der Direktverteidigung ist es am wenigsten ausgeprägt, weil er im konkreten Konfliktfall wahrscheinlich allein verhindern könnte, daß die Verteidigungslinien der NATO und die nuklearen Waffensysteme zu ihrer Unterstützung konventionell überrannt würden. Schon die vorbedachte nukleare Eskalation leidet aber unter Glaubwürdigkeitsproblemen. Sofern nämlich dabei auch militärische und zivile Ziele im Hinterland des Gegners angegriffen werden sollten, müßte die Gefahr einkalkuliert werden, daß durch die Reaktion der Sowjetunion dem viel engeren und konzentrierteren westeuropäischen Hinterland der NATO ein ähnliches Schicksal widerfahren könnte.

Noch fragwürdiger ist die Drohung mit der allgemeinen nuklearen Reaktion. Zum einen ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie genau dann zur Diskussion stünde, wenn sich im Konfliktablauf erwiesen hätte, daß weder Direktverteidigung noch vorbedachte Eskalation den Gegner zur Aufgabe der Aggression zwingen konnten. In dieser Situation könnte durch vorbedachte Eskalation der NATO und Gegeneinkalation des Warschauer Pakts die Zerstörung Mitteleuropas bereits soweit vorgeschritten sein, daß die allgemeine nukleare Reaktion nicht mehr dem Schutz Westeuropas dienen würde, sondern nur noch den Charakter einer Strafexpedition trüge. Militärische Lagen in Europa, die zur allgemeinen nuklearen Reaktion führen müßten, nehmen ihr dann paradoxerweise jeglichen Sinn.

Zum zweiten wirft die allgemeine nukleare Reaktion als Erstschlag zusätzlich das Dilemma auf, daß von den strategisch selbst noch nicht angegriffenen Vereinigten Staaten verlangt wird, den ersten nuklear-strategischen Schlag zu führen und eine gleichartige Reaktion hinzunehmen. Die von Verteidigungsminister Schlesinger 1974 verkündeten „beschränkten nuklearen Optionen“⁷⁾ und die Presidential Directive 59 vom Sommer 1980 über selektive strategische Nuklearschläge⁸⁾

⁵⁾ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), Weißbuch 1979: Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979, S. 123.

⁶⁾ Zur ausführlichen kritischen Bewertung der Strategie der flexiblen Reaktion vgl. H. Afheldt, Verteidigung und Frieden: Politik mit militärischen Mitteln, München 1976; K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981.

⁷⁾ Vgl. L. E. Davis, Limited Nuclear Options: Deterrence and the New American Doctrine (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers, No. 121), London 1975.

⁸⁾ Vgl. hierzu die Dokumentation „American Nuclear Doctrine“, in: Survival 22 (1980), S. 267-269.

stellen konsequenterweise Versuche dar, diesem Dilemma zu entgehen, indem zwischen vorbedachte Eskalation und allgemeine nukleare Reaktion eine vierte Reaktionsform des demonstrativen strategischen Einsatzes gegen das strategische Potential des Gegners eingeschoben wird. Daß es sich um erfolgreiche Versuche handelt, kann man freilich bezweifeln. Die Gefahr der unakzeptablen Zerstörung Westeuropas im Vollzug der vorbedachten Eskalation läßt sich durch selektive strategische Schläge auch nicht bannen. Ferner müßte es gelingen, der Sowjetunion in einer fortgeschrittenen Konfliktphase die Differenzierung zwischen selektiven strategischen Nuklearschlägen und einem Entwaffnungsversuch zu kommunizieren. Der Widerspruch zwischen nuklearstrategischem Ersteinsatz und beiderseits gesicherter Fähigkeit zum vernichtenden zweiten Schlag schließlich wurde nicht aufgehoben, sondern nur zeitlich etwas hinausgezögert.

Ein weiteres Grundproblem der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion besteht in der Unsicherheit über Art und Zeitpunkt nuklearer Eskalationsschritte. Die Auslösung der Eskalation für den Gegner unklar zu lassen, macht aus der Not der Uneinigkeit eine Tugend, bevorzugen doch die Europäer vorwiegend die Androhung frühzeitiger nuklearer Eskalation, wogegen man in den Vereinigten Staaten die

nukleare Schwelle lieber möglichst hoch legen möchte. Ähnliche Meinungsverschiedenheiten herrschen bezüglich des Gegensatzes zwischen umfassender oder demonstrativ-selektiver Eskalation. Während amerikanische Strategen vorbedachte Eskalation zunächst vor allem als „Schuß vor den Bug“ oder höchstens als „begrenzten Nuklearkrieg“ auffassen, wird sie in Europa eher als allgemeine Anhebung des Konfliktes auf die nukleare Ebene ausgelegt⁹⁾.

Europäisch-amerikanische Interessenunterschiede sind aber nur eine Dimension dieser Kontroversen, zumal Interessen an deklaratorischer Politik und im konkreten Konfliktfall auseinanderfallen können. Angesichts existenzieller Gefährdung eigener Truppenverbände könnte in diesem Fall die amerikanische Bereitschaft zur raschen und intensiven nuklearen Konfliktausweitung diejenige der Europäischen NATO-Staaten übertreffen, die sie zum großen Teil auf eigenem Territorium gewärtigen müßten. Die in Friedenszeiten zur NATO-Strategie bezogenen Positionen könnten sich so im Kriegsfall möglicherweise genau umkehren. Dies weiter zu vertiefen, ist hier nicht möglich. Es sollte nur verdeutlicht werden, wie offen die Strategie der flexiblen Reaktion für Kritik und divergierende Auslegungen ist. Auf zwei solche grundsätzlich verschiedenen Interpretationen wird im folgenden etwas genauer eingegangen.

III. Zwei Interpretationen der flexible response

Die Militärstrategie der flexiblen Reaktion hat zum Ziel, Krieg durch Abschreckung zu verhüten. Glenn Snyder führte in den sechziger Jahren die Differenzierung zwischen „Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten“ (deterrence by denial) und „Abschreckung durch Strafandrohung“ (deterrence by punishment) in die Abschreckungstheorie ein¹⁰⁾. Das Begriffspaar im Titel von Helmut Schmidts Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ ist an Snyders Kategorien orientiert¹¹⁾. Was bedeutet dieses Begriffspaar für die inhaltliche Präzisierung der Abschreckungsdoktrin der NATO?

„Abschreckung ist die Einwirkung auf den Willen eines potentiellen Gegners, die ihn zum Verzicht auf eine mögliche oder bereits begonnene Aggression bewegen soll, indem er zur Überzeugung gebracht wird, daß er bei einem Angriff oder dessen Fortführung mehr verlieren als gewinnen oder doch nicht die erwarteten Vorteile erlangen würde.“¹²⁾ Die Variante der „Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten“ sieht die eigene Fähigkeit zur wirksamen Kriegführung und Verteidigung als dafür ausschlaggebend an, daß der Gegner auf Aggressionen verzichtet. Er wird vom Angriff nicht so sehr dadurch abgehalten, daß eine strategisch-nukleare Reaktion auf seine Aggression den Fortbestand seiner sozialen Werte gefährden könnte, sondern durch die klare Aussicht der Unmöglichkeit eines Erfolges. Der Abschreckungswert der

⁹⁾ D. N. Schwartz, The Role of Deterrence in NATO Defense Strategy, in: World Politics 28 (1975), S. 118-133; R. H. Sinnreich, NATO's Doctrinal Dilemma, in: Orbis 19 (1975), S. 461-476.

¹⁰⁾ G. H. Snyder, Deterrence and Defense: Toward a Theory of National Security, Princeton, N. J., 1961.

¹¹⁾ H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1965.

¹²⁾ E. Lutz, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 16.

flexiblen Reaktion ist also danach zu beurteilen, in welchem Ausmaß die NATO in der Lage ist, einem Gegner auf jeder Konfliktstufe einen militärischen Erfolg einer Aggression zu verweigern, wenn nicht sogar jede militärische Auseinandersetzung zu ihren eigenen Gunsten zu entscheiden. Die annähernde Gewißheit ihrer Erfolglosigkeit macht Aggression für einen rationalen Gegenspieler unattraktiv, so daß es die Hauptaufgabe von Strategie und Sicherheitspolitik sein muß, eine entsprechende Wahrnehmung bei den Entscheidungsträgern des Warschauer Pakts herbeizuführen. Voraussetzungen für die Wirksamkeit dieser Abschreckungsstrategie sind natürlich, daß die NATO entsprechende militärische Potentiale bereithält und zu ihrem Einsatz entschlossen ist und dies im Warschauer Pakt realistisch eingeschätzt wird.

Die Existenz von Kernwaffen bedeutet nach dieser Interpretation der flexiblen Reaktion keine grundsätzliche Veränderung der Rolle militärischer Macht. Vielmehr gilt auch für diese Waffen, daß die bewußte und wirkungsvolle Vorbereitung auf begrenzte und kontrollierte nukleare Kriegführung der Gegenseite vor Augen führt, daß sie auch durch nuklearen Einsatz keinen militärischen Konflikt zu ihren Bedingungen führen und zu ihren Gunsten entscheiden kann. Diese Konzeption der Abschreckung mißt naturgemäß sämtlichen militärischen Potentialen beider Seiten und ihrem fortwährenden Vergleich große Bedeutung bei. Ihre Vertreter sind in den Vereinigten Staaten wesentlich häufiger zu finden als in Europa, weil flexible Reaktion als „Kriegführungsstrategie“ den Vorteil bietet, bei ihr entsprechenden konventionellen Potentialen der NATO die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit nuklearer Eskalation in Europa — oder gar bis zur strategischen Ebene — zu senken. Man übertreibt höchstens geringfügig, wenn man sagt, daß die Vereinigten Staaten die Doktrin der flexiblen Reaktion seit 1961 in der NATO vor allem propagierten, um die Bedeutung der Drohung mit dem allgemeinen Kernwaffenkrieg zugunsten einer verstärkten westlichen Verteidigungsfähigkeit zurückzudrängen¹³⁾.

Die Interpretation der flexiblen Reaktion als einer Doktrin der „Abschreckung durch Strafandrohung“ sieht in der gegenseitigen Bedrohung beider Militärblöcke durch nukleare Zerstörungspotentiale eine völlig neuartige Situation, in der Überlegungen über die Führ-

barkeit oder Gewinnbarkeit militärischer Auseinandersetzungen auf verschiedenen Eskalationsstufen obsolet geworden sind. Aggressionen werden nicht dadurch abgeschreckt, daß sie — nach welchen beim Gegner unterstellten pseudo-rationalen Kalkulationen auch immer — keinerlei oder zu geringe Aussichten auf den erstrebten Erfolg haben, sondern durch die nicht mit Gewißheit ausschaltbare Möglichkeit, daß durch die prinzipiell unvorhersehbare Reaktion auf die Aggression ein rational nicht akzeptierbarer Schaden an den eigenen gesellschaftlichen Werten entsteht. Für diese Einschätzung des abzuschreckenden Aggressors ist der auf der Seite der Angegriffenen erlittene Schaden irrelevant.

Im Gegensatz zur Auffassung der flexiblen Reaktion als einer Strategie der Fähigkeit zur erfolgreichen Kriegführung auf allen Stufen wird sie hier als „Eskalationsstrategie“, als Strategie der gesicherten Fähigkeit zur nuklearen Eskalation und Vergeltung betrachtet. Die strategische Doktrin der gesicherten Vergeltung (assured destruction) führt dem Gegner die Aussicht vor Augen, bei einer Aggression durch keinerlei militärischen Einsatz verhindern zu können, daß er durch strategische Gegenschläge als lebensfähige Industriegesellschaft vernichtet wird. Sind für den Erfolg der Abschreckung in der ersten Variante die militärischen Potentiale beider Seiten und ihre Konkurrenz entscheidend, so sind es in der zweiten Variante vor allem ein gegenüber feindlicher Einwirkung unverletzliches atomares Vergeltungspotential, seine hinreichend glaubhafte Anbindung an die nukleare Eskalation und die Wahrnehmung des potentiellen Angreifers, daß dieses Potential zu unerträglicher Zerstörung führen und tatsächlich eingesetzt würde.

Eine solche Interpretation der flexiblen Reaktion, die in dem Risiko der Eskalation zum allgemeinen Kernwaffenkrieg den wichtigsten Abschreckungsfaktor sieht, hält innerhalb der neuen NATO-Strategie an zentralen Bestandteilen der Doktrin der massiven Vergeltung fest. Ohne diese Auslegungsfähigkeit wäre die Strategie der flexiblen Reaktion von den westeuropäischen NATO-Staaten kaum ratifiziert worden, in deren sicherheitspolitischen Denkmustern die Abschreckung durch Vergeltungsdrohungen nach wie vor einen großen Stellenwert hat¹⁴⁾.

Der zentrale Einwand gegen flexible Reaktion als Eskalationsstrategie lautet, daß sie im — zugegebenermaßen unwahrscheinlichen —

¹³⁾ Vgl. H. Hansen, J. Schwarz, Militärstrategische Konzepte, in: K. Carstens, D. Mahncke (Hrsg.), Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972, S. 56-107.

¹⁴⁾ Vgl. K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981, S. 13 ff.

Fall einer östlichen Aggression in Europa, die von der NATO durch den Einsatz konventioneller Rüstung nicht zum Scheitern gebracht werden kann, neben dem rechtzeitigen Einlenken einer oder beider Seiten nur die Alternative zwischen gegenseitiger nuklear-strategischer Ausrottung und einseitiger Kapitulation bereithält. Präsident Nixon wies 1971 diese Alternative sogar für die vom amerikanischen Standpunkt aus noch gravierendere Situation einer direkten atomaren Attacke auf die USA zurück: „Mir und meinen Nachfolgern darf nicht als einzige mögliche Antwort auf eine Herausforderung die undifferenzierte Vernichtung feindlicher Zivilisten zur Verfügung stehen. Dies um so mehr, als diese Antwort die Wahrscheinlichkeit einschließt, Kernwaffenangriffe auf unsere eigene Bevölkerung auszulösen.“¹⁵⁾

Der flexiblen Reaktion als Kriegführungsstrategie wird andererseits angelastet, daß sie Konflikte der unteren Eskalationsstufen durch theoretische Verringerung der Kopplung zum allgemeinen Kernwaffenkrieg führbarer und damit wahrscheinlicher mache, daß sie aber letzten Endes die Notwendigkeit ihrer nuklear-strategischen Eskalation auch nicht mit Sicherheit ausschalten könne, wenn die NATO sich — entgegen allen Forderungen und Hoffnungen — mit konventionellen Mit-

teln und eventuell nuklearer Gefechtsfeldunterstützung eines Angriffs nicht erwehren kann. Überdies wird ihr entgegengehalten, daß sie von unrealistischen Vorstellungen über die Rationalität von Entscheidungsträgern in extremen Krisensituationen ausgehe und die Psychologie der Abschreckung verzerre. Im Gegensatz zur Abschreckung durch Strafandrohung, die zwar auf der Furcht vor unannehmbarem Schaden beruht, setze die Kriegführungsstrategie beim Gegner die Fähigkeit voraus, Konfliktabläufe und -resultate verlässlich vorauszusagen. Angesichts der präzise, aber nicht abschätzbaren Möglichkeit, dadurch die Existenz der eigenen Gesellschaft in ihrer bisherigen Form aufs Spiel zu setzen, seien Kalkulationen der Gegenseite über etwaige Mißerfolge bei begrenzten militärischen Aggressionen wahrscheinlich überhaupt nicht durchführbar, auf jeden Fall jedoch zweitrangig¹⁶⁾.

Diese Diskussionen können hier nicht vertieft werden. Statt dessen wenden wir uns nun den mit diesen beiden Interpretationen der NATO-Strategie verbundenen Anforderungen an westliche Militärpotentiale und Lagebeurteilungen zu, welche die Spielräume für Rüstungskontrolle in beiden Konzeptionen definieren.

IV. Strategieinterpretationen, Potentialerfordernisse und Lagebeurteilungen

Flexible Reaktion als Kriegführungsstrategie bedarf zu ihrer Glaubwürdigkeit eindeutiger und umfassender militärischer Potentiale. Der Westen muß dem Warschauer Pakt in allen Bereichen der militärischen Rüstung ebenbürtig, besser noch überlegen sein. Nur dann besitzt er die sogenannte „Eskalationsdominanz“¹⁷⁾, also die Fähigkeit, sich auf allen Konfliktebenen erfolgreich zu verteidigen und die kontrollierte nukleare Eskalation entsprechend den eigenen politisch-militärischen Notwendigkeiten anzudrohen und notfalls auch durchzuführen. Konventionelle und taktisch-nukleare militärische Disparitäten zu Ungunsten der NATO dagegen schaffen im Konfliktfall automatische Eskalationszwänge

und sind deshalb mit dieser Strategieinterpretation unvereinbar. Wenn die NATO die nach der Kriegführungsstrategie erforderlichen Kräfte nicht besitzt, einem Angriff des Warschauer Pakts durch konventionellen oder taktisch-nuklearen Einsatz mit großer Sicherheit den erwünschten Erfolg zu verwehren, beruht ihre Abschreckungsfähigkeit letzten Endes doch wieder nur auf der Drohung mit dem Einsatz strategischer Kernwaffen. Versagt die Abschreckung, ist das westliche Bündnis beim zu erwartenden Scheitern der ersten beiden Stufen der flexiblen Reaktion zur Ausweitung des Konflikts zum allgemeinen Kernwaffenkrieg gezwungen.

Daß die militärischen Voraussetzungen der Kriegführungsstrategie erfüllt sind, wird häufig bezweifelt. Bei den strategischen Arsenalen der beiden Supermächte sehen viele Beobachter zumindest gegenseitige Neutralisierung durch die in SALT zur Maxime erhobene Parität. Daraus zog Henry Kissinger 1979 in einer bekannt gewordenen Rede den Schluß, die

¹⁵⁾ R. M. Nixon, Report to the Congress, 25. 2. 1971, S. 170 f. (eigene Übersetzung).

¹⁶⁾ J. D. Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision Making, Princeton, N. J., 1974; Beyond Rational Deterrence: The Struggle for New Conceptions, in: World Politics 28 (1976), S. 223-245.

¹⁷⁾ E. Lutz, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 75.

nuklearstrategischen Abschreckungsgarantien der Vereinigten Staaten für Europa seien ungläubhaft geworden¹⁸⁾. Und Bundeskanzler Schmidt führte schon im Oktober 1977 vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien in London aus: „SALT schreibt das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den USA vertraglich fest. Man kann es auch anders ausdrücken: Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nuklear-taktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West.“¹⁹⁾ Neben der These der wechselseitigen Neutralisierung der strategischen Kernwaffenpotentiale wird in jüngster Zeit auch zunehmend sogar die Auffassung vertreten, die Sowjetunion sei auf dem besten Weg, sich die Fähigkeit zum entwaffnenden ersten Schlag gegen die amerikanischen Interkontinentalraketen zuzulegen²⁰⁾.

Wie dem auch sei, der Übergang zur strategischen Parität hat für die flexible Reaktion als Kriegführungsstrategie die Bedeutung von konventionellen und taktisch-nuklearen Kräftevergleichen ansteigen lassen. Im letzteren Bereich findet sich — parallel zur strategischen Balance — die Lagebeurteilung, die in Europa stationierten Kernwaffen der westlichen Allianz seien vor allem durch die massive Einführung der mobilen und nachladbaren sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen unterlegen und verwundbar geworden²¹⁾. Diese Beurteilung bildet den Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember

1979. Daß die konventionellen Verbände der NATO in Mitteleuropa denjenigen des Warschauer Pakts alles andere als ebenbürtig seien, steht für viele Autoren seit langem fest²²⁾. Die westliche Forderung in den Wiener MBFR-Verhandlungen nach asymmetrischen Truppenreduktionen ist aus dieser Einschätzung abgeleitet worden.

Die logische Konsequenz aus solchen pessimistischen Darstellungen der Fähigkeit der NATO zur tatsächlichen Verwirklichung der flexiblen Reaktion als Kriegführungsstrategie lautet: verstärkte westliche Aufrüstung. Bei den strategischen Waffen stehen vor allem die mobilen MX-Interkontinentalraketen, die Beschleunigung des Trident-Unterseebootprogramms und die Wiederbelebung des B-1-Bombers auf der Tagesordnung²³⁾. Bei den Kernwaffen in Europa werden die sogenannte „Nachrüstung“ der NATO mit Mittelstreckenwaffen und die Modernisierung der Kurzstreckensysteme gefordert. Letztere sollte bereits durch die von Präsident Carter gestoppte Entwicklung und Einführung von relativ kleinen Kernwaffen mit verstärkter Strahlungswirkung („Neutronenbomben“) bewerkstelligt werden, um die mit den hohen Sprengladungen und Zerstörungswirkungen der bisher für den Einsatz in Europa gelagerten amerikanischen Kernwaffen verbundenen Selbstabschreckungseffekte zu vermindern, die im Konfliktfall die NATO vor ihrem Einsatz angesichts der zu erwartenden Nebenwirkungen zurückschrecken lassen könnten²⁴⁾. Das langfristige Verteidigungsprogramm der NATO²⁵⁾

¹⁸⁾ Abgedruckt in: Europa-Archiv 34 (1979), D589-598, besonders 592 f.

¹⁹⁾ Abgedruckt in: Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bonn 1978, S. 124-127.

²⁰⁾ Vgl. R. Burt, Reassessing the Strategic Balance, in: International Security 5 (1980), S. 37-52; D. S. Yost, Beyond SALT II: European Security and the Prospects for SALT III, in: Orbis 24 (1980), S. 625-655; R. L. Garwin, Launch Under Attack to Redress Minute Vulnerability, in: International Security 4 (1979), S. 117-139. Solche Behauptungen waren auch schon Mitte der siebziger Jahre im Umlauf. Damals zeigte Steinbruner in einer bemerkenswerten Arbeit, wie schwierig es ist, solche Thesen in Computersimulationen nuklearer Kriegsabläufe zu bestätigen oder zu widerlegen: J. D. Steinbruner, T. M. Garwin, Strategic Vulnerability: The Balance between Prudence and Paranoia, in: International Security 1 (1976), S. 138-181. Vgl. hierzu auch: J. T. Richelson, Evaluating the Strategic Balance, in: American Journal of Political Science 24 (1980), S. 779-803.

²¹⁾ Rüstung und Abrüstung im eronuklearen Bereich: Die Mitwirkungsmöglichkeiten der europäischen Staaten an den SALT III-Verhandlungen. Eine Kurzstudie von H. Hoffmann und R. Steinrück im Auftrag der Bundestagsabgeordneten P. K. Würzbach und M. Berger, Bonn 1979.

²²⁾ Vgl. z. B. T. Cliffe, Military Technology and the European Balance (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers, No. 89), London 1972; S. Canby, The Alliance and Europe — Part IV: Military Doctrine and Technology (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers, No. 109), London 1974; R. Close, Europa ohne Verteidigung?, Bad Honnef 1977; J. M. Collins, A. H. Cordesman, Imbalance of Power, San Rafael, Cal., 1978; E. R. Zumwalt, Heritage of Weakness: An Assessment of the 1970s, in: W. S. Thompson (Hrsg.), National Security in the 1980s: From Weakness to Strength, San Francisco 1980, S. 17-51.

²³⁾ W. R. Van Cleave, Quick Fixes to U. S. Strategic Nuclear Forces, in: W. S. Thompson (Hrsg.), National Security in the 1980s: From Weakness to Strength, San Francisco 1980, S. 89-107.

²⁴⁾ Vgl. z. B. J. Record, U.S. Nuclear Weapons in Europe: Issues and Alternatives, Washington 1974; G. Krell, P. Schlotter, Zur Diskussion über die taktischen Nuklearwaffen in Europa, Frankfurt 1977; M. Opel, Zur Diskussion um die Neutronenwaffe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/77, S. 3-16; U. Nerlich, Zwischen Verteidigungs- und Verhandlungspolitik: Zur Auseinandersetzung über die sogenannten „Neutronenwaffen“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Polarität und Interdependenz, Baden-Baden 1978, S. 187-202.

²⁵⁾ In amtlicher Zusammenfassung abgedruckt in: Europa-Archiv 33 (1978), D483-486.

von 1978 sieht schließlich den Ausbau des konventionellen Potentials in einer Reihe von Punkten vor. Es geht extremen Konventionalisten aber nicht weit genug, welche die NATO in die Lage versetzen wollen, jeden konventionellen Krieg in Europa zu ihren Gunsten zu entscheiden²⁶⁾.

Für flexible Reaktion als Eskalationsstrategie sind die in der Kriegführungsstrategie angebotenen Potentialvergleiche weniger bedeutungsvoll. Der zentrale Abschreckungsfaktor ist ein annähernd unverwundbares strategisches Vergeltungspotential, das durch nukleare Gefechtsfeldwaffen und eurostrategische Kernwaffen zu einem Eskalationskontinuum vervollständigt wird. Seine Hauptaufgabe ist die Kriegsverhütung durch Androhung unberechenbarer und unannehmbarer Zerstörungen. Die zentrale Frage nach militärischen Potentialen lautet im Rahmen dieser Strategie also, ob unter allen denkbaren Umständen die westliche Fähigkeit zur nuklearen Eskalation auf allen Stufen dergestalt gesichert ist, daß die Folgen der Eskalation für Bevölkerung, Wirtschaft und Industrie des Gegners untragbar erscheinen müssen. Solange die andere Seite solche Schäden durch ihre eigenen Streitkräfte nicht verhindern kann, ist ihr genauer Umfang im Grunde unbedeutend. Das psychologische Hauptproblem der Eskalationsstrategie lautet natürlich, ob es glaubhaft ist, für den Fall nicht gewinnbarer und nicht begrenzbarer Konflikte mit dem gegenseitigen atomaren Selbstmord zu drohen²⁷⁾.

Die militärischen Potentiale der NATO werden im Rahmen der Eskalationsstrategie nicht als unerträglich ungünstig beurteilt. Kleinere, begrenzte militärische Ost-West-Konflikte in Europa kann man mit großer Sicherheit ausschließen. Sollte der Warschauer Pakt aber einen groß angelegten Angriff gegen die NATO mit weitgehenden Kriegszielen vortragen, ist die Beschränkung des Konflikts auf ausschließlich konventionelle Waffensysteme weder vom Aggressor noch vom Verteidiger aus gesehen militärisch sinnvoll, planbar oder erzwingbar²⁸⁾. Für die NATO etwa wird in der Regel behauptet, daß sie eine massive Aggres-

sion des Warschauer Pakts in Mitteleuropa rein konventionell kaum aufhalten und zurückschlagen könnte und eine entsprechende militärische Kapazität aus Gründen der Kosten und der sozialen Durchsetzbarkeit auch kaum erwerben kann. Deshalb wäre sie in diesem Fall im Rahmen der Vorverteidigung auf den raschen nuklearen Einsatz auf dem Gefechtsfeld angewiesen, wollte sie nicht beträchtliche anfängliche Geländeverluste und die Überrennung ihrer nuklearen Kräfte zur Gefechtsfeldunterstützung und zur Abriegelung in der Tiefe riskieren. Daß die NATO über ein breites Spektrum entsprechender nuklearer Eskalationsoptionen verfügt, wird von niemandem ernsthaft bestritten²⁹⁾. Dadurch wird aber die Bedeutung des angeblich für den Westen so ungünstigen konventionellen Kräfteverhältnisses relativiert³⁰⁾.

Die zur Rechtfertigung des NATO-Doppelbeschlusses angeführte Überlegenheit der Sowjetunion hinsichtlich der für den Einsatz in Europa bestimmten Kernwaffen mittlerer und großer Reichweite wird im Rahmen der Eskalationsstrategie folgendermaßen bewertet: Erstens haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West in diesem Bereich nicht dramatisch verändert, und die Diagnose der deutlichen westlichen Unterlegenheit hängt stark von der Abgrenzung der in den Vergleich einbezogenen Waffensysteme ab. Beschränkt man sich auf landgestützte Mittelstreckenraketen und Mittelstreckenbomber, dann hat die NATO der Sowjetunion in Europa in der Tat nur sehr wenig entgegenzusetzen. Dieser Zustand ist aber keineswegs neu, sondern Mitte der sechziger Jahre war dieses Ungleichgewicht noch viel größer³¹⁾. Schließt

²⁶⁾ Zur Darstellung dieser Potentiale vgl. M. Leitenberg, Background Materials on Tactical Nuclear Weapons, in: Stockholm International Peace Research Institute, Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives, London 1978, S. 3-136; D. S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der 'Nuklearkräfte in und für Europa', in: G. Krell, D. S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980, S. 11-89.

³⁰⁾ Es ist hier nicht sinnvoll zu untersuchen, ob die behauptete konventionelle Unterlegenheit der NATO tatsächlich existiert, weil die Eskalationsstrategie ja postuliert, sie werde, falls gegeben, durch die Aussicht der nuklearen Eskalation ausgeglichen. Immerhin sei darauf verwiesen, daß das International Institute for Strategic Studies noch in den Ausgaben 1979-1980 und 1980-1981 seiner Publikation „The Military Balance“ unter der Überschrift „The East-West Theatre Balance in Europe“ zusammenfaßt: „Das Gleichgewicht ist insgesamt noch so beschaffen, daß militärische Aggression unattraktiv ist“.

³¹⁾ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), Die nuklearen Mittelstreckenwaffen: Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980, Abbildung 4, S. 42.

²⁶⁾ Zur Kontroverse zwischen „Konventionalisten“ und „Nuklearisten“ innerhalb der NATO-Strategie vgl. H. Rattinger, Zwischen Vergeltung und Verteidigung: Mitteleuropa als Schlachtfeld, in: Zeitschrift für Politik 23 (1976), S. 164-182.

²⁷⁾ Vgl. Henry Kissingers Rede in Brüssel vom 1. 9. 1979: Europa-Archiv 34 (1979), D593.

²⁸⁾ Die Möglichkeit der Begrenzung von Ausmaß und Eskalationsebene militärischer Konflikte in Europa wird aus der Sicht sowjetischer strategischer Planer diskutiert von K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981.

man auch andere für Europa relevante Kernwaffenträger ein (Jagdbomber, auf Flugzeugträgern stationierte Bombenflugzeuge, Unterseebootraketen), dann ist das Bild ebenso konstant recht günstig für die NATO. Von dramatischen Effekten des sowjetischen Modernisierungsprogramms zur Ablösung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Mittelstreckenraketen auf den Kräftevergleich kann dann nicht mehr die Rede sein³²⁾. Die nukleare Eskalationsfähigkeit der NATO in Europa steht somit nicht in Frage.

Zweitens wird gefordert, die eurostrategische Rüstung unter dem aus der Analyse der strategischen Potentiale der Supermächte entlehnten Kriterium der beiderseits gesicherten Fähigkeit zur Vernichtung des Gegners im zwei-

³²⁾ Kurz aber prägnant wird dies dargestellt von R. L. Garthoff, Brezhnev's Opening: The INF Tangle, in: Foreign Policy (1980) 41, S. 82-94. Vgl. auch T. Sommer, Die Euro-Gleichung, in: Die Zeit (24. 4. 1981), S. 3.

ten Schlag („mutual assured destruction“) zu sehen. Ein derartiger Bewertungsversuch wurde erstmals 1980 vom Internationalen Institut für Strategische Studien in London vorgelegt. Er nennt zunächst für jede Seite die verfügbaren Waffensysteme mit Reichweiten über 160 Kilometer und die aufgrund ihres nuklearen Nutzungsgrades, ihres Wartungsstandes und ihrer Nutzlast verfügbaren Atomsprenkköpfe. Schließlich wird geschätzt, wie viele Sprengköpfe in einem Gegenschlag nach konzentriertem eurostrategischem Einsatz durch den jeweiligen Gegner unter Berücksichtigung ihrer Überlebensfähigkeit, Zuverlässigkeit und Durchdringungsfähigkeit gegenüber Abwehrmaßnahmen bei gegnerischen Zielen ankommen würden³³⁾. Diese Analyse ist in vereinfachter Form in Tabelle 1 wiedergegeben. Nach dieser Untersuchung

³³⁾ International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1979-1980, London 1979, S. 118 f.; The Military Balance 1980-81, London 1980, S. 118 f.

Tabelle 1: Tabelle 1:

Nukleare Lang- und Mittelstreckenraketenysteme in und für Europa

	Waffensysteme	Verfügbare Sprengköpfe	Ankommende Sprengköpfe	
NATO	Mittelstreckenraketen	600	605	313
	Kurzstreckenraketen	668	404	212
	Unterseebootraketen	69	31	15
	Summe Raketen	1 337	1 040	540
	Kampfflugzeuge	3 993	955	279
	Summe	5 330	1 995	819
Warschauer Pakt	Kurzstreckenraketen	180	162	91
	Unterseebootraketen ^{a)}	64	28	20
	Summe Raketen	244	190	111
	Kampfflugzeuge	1 055	465	109
	Summe	1 299	655	220
	französische Systeme	213	113	47
	Summe incl. französische Systeme	1 512	768	267
Der Zielplanung des NATO-Oberbefehlshabers Europa (SACEUR) unterstellte amerikanische Poseidon-Unterseebootraketen	40	400	288	
Summe incl. französische Systeme incl. Poseidon	1 552	1 168	555	

^{a)} britische Polaris A-3 mit MRV-Mehrfachsprengköpfen

Quelle: International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1980-1981, London 1980, S. 118f.

besitzt die NATO nicht nur eindeutige nukleare Eskalationsfähigkeit in Europa, sondern auch eurostrategische Zweitschlagsfähigkeit. Sie wäre in der Lage, selbst nach dem Versuch eines sowjetischen Entwaffnungsschlages mit den verbleibenden, für den Einsatz in Europa vorgesehenen Kernwaffen eine sehr hohe Anzahl militärischer und ziviler Ziele im Bereich des Warschauer Pakts zu zerstören³⁴).

Was schließlich die strategische Balance angeht, sehen die Vertreter der Eskalationsstrategie keine dramatischen Veränderungen, und sie verweisen auf die Schwierigkeit, strategische Potentialunterschiede bei beiderseitiger unverletzlicher Zweitschlagkapazität militärisch tatsächlich zu nutzen. Selbst wenn die landgestützten amerikanischen Interkontinentalraketen in den letzten Jahren für einen sowjetischen Angriff verwundbarer geworden sein sollten³⁵), unterstreicht das nur die traditionelle Forderung³⁶), die strategische Abschreckung auf relativ unverletzliche Systeme

— d. h. also vor allem auf Unterseebootraketen — zu verlagern, um Anreize zum Entwaffnungsversuch mittels eines ersten strategischen Schlages zu verringern. SALT II würde dem nicht entgegenstehen, da es erlaubt, landgestützte Interkontinentalraketen durch Unterseebootraketen zu ersetzen, nicht aber umgekehrt. Die gegenwärtigen Entwicklungen der Unterseebootabwehr lassen einen solchen Schritt nicht als untragbares Risiko erscheinen³⁷). Für den Abschreckungszweck der Androhung von Eskalation und Vergeltung reicht das strategische Bomber- und Unterseebootpotential der Vereinigten Staaten aus. Man könnte sogar argumentieren, daß ein amerikanischer Verzicht auf landgestützte Interkontinentalraketen die Glaubwürdigkeit von demonstrativen und selektiven strategischen Nukleareinsätzen gegen militärische Ziele der Gegenseite erhöhen dürfte, weil dadurch nicht mehr zu dem Versuch provoziert würde, die verbunkerten Interkontinentalraketen der Vereinigten Staaten auszuschalten.

V. Lagebeurteilungen und Zweckbestimmungen der Rüstungskontrolle

Wir haben gezeigt, inwiefern Strategieinterpretationen, Potentialerfordernisse und Einschätzungen der militärischen Lage zusammen-

hängen. Ebenso eng sind militärische Lagebeurteilungen und Zweckbestimmungen der Rüstungskontrolle miteinander verbunden. Man kann allgemein dreierlei Anliegen unterscheiden, für die Rüstungskontrolle instrumentell eingesetzt werden kann: ökonomische, militärische und politische³⁸). Unter ökonomischen Aspekten kann Rüstungskontrolle angestrebt werden, um Rüstungslasten zu verringern oder um sie zumindest für die Zukunft kalkulierbarer zu machen. Militärischen Vorgaben kann Rüstungskontrolle dienen, wenn sie hilft, militärische Kräfteverhältnisse zu verändern und/oder zu stabilisieren oder im Konfliktfall zu erwartenden Schaden zu begrenzen. Politisch bestimmte Zwecke der Rüstungskontrolle wären etwa eine Einschränkung des Wettrüstens, die Verminderung der Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Konflikte, die Signalisierung friedlicher Absichten, internationaler Spannungsabbau oder schließlich die Absicht, eigene Bündnispartner von einseitigen Verringerungen ihrer Rüstungsanstrengungen abzuhalten³⁹).

Ähnliche Berechnungen finden sich bei D. S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der 'Nuklearkräfte in und für Europa', in: G. Krell, D. S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980, S. 11-89, S. 76 ff.; Wieviel an Vernichtungskapazität ist genug? Ein Worst-Case-Szenario gegen West-Europa, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten?, Reinbek 1980, S. 78-94.

³⁴) Aus seinen Untersuchungen zur eurostrategischen Balance zieht das International Institute for Strategic Studies an anderer Stelle (Strategic Survey 1979, London 1980, S. 103) den Schluß, daß die von europäischer Seite über die SS-20 vorgebrachten Sorgen in Wirklichkeit der Zuverlässigkeit der amerikanischen Abschreckungsgarantien gelten, weil der schlagkräftigste und verlässlichste Teil des eurostrategischen Potentials der NATO eben aus amerikanischen strategischen Unterseebootraketen besteht, deren Einsatz — auch in Europa — einen Konflikt näher an einen strategischen Austausch zwischen den Supermächten bringen könnte. Solche Zweifel seien aber — so das Institut völlig zu Recht — weder durch den Nachrüstungsbeschluß noch durch irgendwelche anderen westlichen Rüstungsprogramme zu beruhigen.

³⁵) Diesen Standpunkt vertritt etwa C. S. Gray, The Future of Land-Based Missile Forces (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers, No. 140), London 1977. Zur Gegenposition vgl. G. Krell, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklear-strategischen Waffen, in: G. Krell, D. S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980, S. 91-175.

³⁶) Etwa J. H. Kahan, Stable Deterrence: A Strategic Policy for the 1970s, in: Orbis 15 (1971), S. 528-543.

³⁷) International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 1980-1981, S. 31-36.

³⁸) J. H. Barton, International Arms Control: Issues and Agreements, Stanford, Cal., 1976.

³⁹) Die Entstehung und Geschichte von MBFR innerhalb der NATO illustrieren diesen Punkt. Zunächst lag den Westeuropäern daran, die USA unter Verweis auf zukünftige Verhandlungen vom Truppenabzug aus Europa abzuhalten. Nachdem sich

Wird flexible Reaktion als Kriegführungsstrategie ausgelegt, dann werden für die Kriegführung auf allen Ebenen geeignete, dem Warschauer Pakt ebenbürtige militärische Potentiale gefordert, und es dominieren, weil sie derzeit fehlten, eine sorgenvolle Lagebeurteilung und die Wahrnehmung der Notwendigkeit von westlicher Aufrüstung und „Nachrüstung“. Welche Rolle bleibt in einer solchen Strategieinterpretation für die Rüstungskontrolle? Da militärische Disparitäten und Instabilitäten als das entscheidende Merkmal der gegenwärtigen Situation angesehen werden, erscheint ihre Beseitigung als oberstes Gebot der Stunde, und die Rüstungskontrolle ist diesem Zweck unterzuordnen. Rüstungskontrolle hat genau dann Platz in einer solchen Strategie der NATO, wenn sie militärisch bedeutungsvoll ist, das heißt, die behauptete Unterlegenheit der NATO verringert und die Vorteile des Gegners abbaut. Rüstungskontrolle ist als Ergänzung oder Alternative zu eigener Aufrüstung aufzufassen und hat dem gleichen militärischen Zweck zu dienen, einen Gleichstand aller Rüstungspotentiale anzusteuern und die Balance dergestalt zu stabilisieren, daß dem Gegner Anreize genommen werden, ein überlegenes Potential als erster und in möglichst massivem Umfang einzusetzen⁴⁰⁾.

Das Beharren der NATO in den Wiener MBFR-Verhandlungen auf asymmetrischen Verminderungen von Mannschaftszahlen und Kampfpanzern entspricht dieser Zwecksetzung der Rüstungskontrolle ebenso wie die Vorstellung, durch Gespräche mit der Sowjetunion vor allem die Bedrohung Westeuropas durch landgestützte sowjetische Mittelstreckenraketen zu verringern, ohne daß die NATO außer der Rücknahme oder Einschränkung ihres Nachrüstungsbeschlusses Gegenleistungen anzubieten bereit wäre, was kaum realistisch ist, wie weiter unten noch gezeigt wird. Solche vom Standpunkt der NATO aus militärisch wirkungsvollen Potentialbeschränkungen tragen aber Nullsummencharakter — was der eigenen Seite zum Vorteil gereicht, vermindert den Vorteil der anderen Seite. Abbau westlicher Unterlegenheit bedeutet Abbau östlicher Überlegenheit. Derartige Beschränkungen militärischer Rüstungen sind kaum verhandelbar, da sie von der Sowjet-

union fordern würden, auf die „Früchte“ eigener intensiver Rüstungsanstrengungen praktisch ohne Kompensation zu verzichten.

Wer solche Forderungen erhebt, muß einfach zugeben, daß auch die NATO nicht daran denkt, eigene Teilpotentiale, bei denen sie quantitativ und/oder qualitativ eindeutig überlegen ist, zugunsten einer allgemeinen abstrakten Gleichgewichtsforderung oder zugunsten der Entspannung einseitig aufzugeben. Vielmehr wird solche sektorale Überlegenheit der NATO als angesichts der östlichen Überlegenheit in anderen Teilbereichen der Balance unerläßlich deklariert. Wenn also die Strategieinterpretation den Potentialausgleich als zentrale militärische Notwendigkeit erscheinen läßt, wenn ferner erkannt wird, daß Rüstungskontrollverhandlungen sich zum Abbau der als bedrohlich empfundenen östlichen Überlegenheiten nicht eignen können, schwindet sehr rasch das Interesse an Rüstungskontrolle. Genau dieser Prozeß konnte in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten und zum Teil auch in Europa beobachtet werden⁴¹⁾.

Flexible Reaktion als Eskalationsstrategie läßt der Rüstungskontrolle logischerweise einen viel größeren Spielraum. Solange das verbleibende eigene Potential als hinreichend für die glaubhafte Androhung der nuklearen Eskalation auf allen Ebenen betrachtet werden kann, bestehen keine prinzipiellen Einwände gegen verhandelte Einschränkungen der beiderseitigen konventionellen und nuklearen Rüstungsstände. Das Abschreckungssystem wird als robust gegenüber allen militärischen Veränderungen gesehen, welche die glaubwürdige Fähigkeit zur gesicherten Vergeltung nicht berühren. Die NATO muß nur in der Lage bleiben, auf dem Gefechtsfeld eurostrategisch und strategisch mit Kernwaffen derart zu eskalieren, daß die Folgen für den Warschauer Pakt untragbar wären. Besitzt sie eine solche Fähigkeit, kann ihre Sicherheit durch Rüstungskontrollmaßnahmen für die über die zur minimalen oder finiten Abschreckung⁴²⁾ erforderlichen Potentiale hinausgehenden Streitkräfte nicht gefährdet werden.

Rüstungskontrolle kann also im Rahmen dieser Strategieinterpretation natürlich auch der

diese Diskussion in den Vereinigten Staaten erledigt hatte, kehrten die USA das Argument gegen diejenigen europäischen NATO-Staaten um, die ihren Bündnisbeitrag verringern wollten.

⁴⁰⁾ W. Heisenberg, Rüstungskontrolle in Ost und West — Bestandsaufnahme, Analyse, Bewertung, in: E. Forndran, P. J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979, S. 139-159.

⁴¹⁾ Vgl. J. J. Kruzal, Arms Control and American Defense Policy, in: Daedalus 110 (1981), S. 137-157; R. Burt, The Relevance of Arms Control in the 1980s, in: Daedalus 110 (1981), S. 159-177.

⁴²⁾ Zum Begriff der „minimalen“ oder „begrenzten“ Abschreckung vgl. P. M. Morgan, Deterrence: A Conceptual Analysis, Beverly Hills 1977; K.-D. Schwarz, W. R. Van Cleave, Die Theorie der Abschreckung, in: K.-D. Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef 1979², S. 87-105.

militärischen Stabilisierung dienen — etwa, wenn es gilt, eine Beeinträchtigung der beiderseitigen Fähigkeit zur gesicherten Vergeltung zu verhindern, wie z. B. durch den ABM-Vertrag zur Ausschaltung der Möglichkeit strategischer Raketenabwehr beabsichtigt —, sie muß aber nicht darauf beschränkt bleiben. Vielmehr kann sie ebenso für politische oder ökonomische Zwecke instrumentalisiert werden, etwa um Rüstungshaushalte zu entlasten, Entspannungsiniciativen zu ergreifen oder friedliche Absichten zu demonstrieren. Die Auffassung der flexiblen Reaktion als Eskalationsstrategie entzieht die Rüstungskontrolle teilweise militärischen Sachzwängen und unterstellt sie politischer Instrumentalisierung. Für eine solche Wahrnehmung größerer Handlungsspielräume der Rüstungskontrolle

spricht, daß auch Rüstungsentscheidungen politischen Zwängen unterworfen sind. Aufgrund politischer Restriktionen hat die NATO die für die Kriegführungsstrategie erforderlichen Militärpotentiale niemals erworben, durch ihr Handeln also die theoretisch verneinte relative Robustheit der Glaubwürdigkeit von Abschreckungsdrohungen gegenüber präzisen numerischen Kräfteverhältnissen bestätigt⁴³⁾. Wenn in der Praxis die militärischen Vorbereitungen der NATO nicht aus der Kriegführungsstrategie abgeleitet worden sind — so können Vertreter größerer westlicher Flexibilität in der Rüstungskontrolle argumentieren —, warum sollen dann die Potentialerfordernisse dieser Strategieinterpretation die Bandbreite der Rüstungskontrolle definieren?

VI. Zweckbestimmungen und Ziele der Rüstungskontrolle

Wir sind nun fast am Ende der Argumentationskette von Abschreckungsbegriffen und Strategieinterpretationen bis hin zu Rüstungskontrollkonzeptionen gelangt. Ein wichtiger letzter Zusammenhang ist aber noch darzustellen, nämlich derjenige zwischen Zweckbestimmungen der Rüstungskontrolle und konkreten Rüstungskontrollzielen. Was man durch Rüstungskontrolle im Einzelfall beschränken und begrenzen will, muß nämlich eine Funktion dessen sein, was mit ihrer Hilfe erreicht werden soll. Wird Rüstungskontrolle nicht als Selbstzweck aufgefaßt, ist ihre Einordnung in eine solche rationale Ziel-Mittel-Hierarchie unerlässlich.

Rüstungskontrolle auf dem Verhandlungsweg bedarf einer Art Zählsystem, um eindeutig und überprüfbar zu definieren, was wann wo und wie beschränkt werden soll. Solche Bewertungssysteme zerfallen in zwei Gruppen: Die der ersten Gruppe konzentrieren sich auf den Aufwand von Ressourcen für das Militär, also von Geld, Personal, Material oder Technologie, ohne spezifische, dadurch ermöglichte militärische Verhaltensweisen ins Auge zu fassen. Die der zweiten Gruppe befassen sich mit den Resultaten dieses militärischen Aufwands, also mit militärischer Macht, Kampfkraftpotentialen und verfügbaren Handlungsstrategien. Restriktionen des militärischen Aufwands erlauben den beteiligten Staaten in der Regel interne Anpassungen, so daß ihre verfügbaren militärischen Optionen dadurch unberührt bleiben können. Restriktionen dieser militärischen Handlungsweisen andererseits können sowohl durch speziell dafür zugeschnittene Beschränkungen des militärischen

Aufwands als auch direkt und ungeachtet der eingesetzten Ressourcen erfolgen, vor allem durch vertraglich vereinbarte Regelungen über Dislozierung und Einsatz von Streitkräften und über Informationsaustausch⁴⁴⁾.

Diese Systematik konkreter Zielsetzungen und Bewertungsmaßstäbe der Rüstungskontrolle ist für unser Thema höchst bedeutungsvoll. Wird flexible Reaktion als Kriegführungsstrategie ausgelegt, muß Rüstungskontrolle im Interesse der NATO der militärischen Stabilisierung dienen, vornehmlich durch Abbau militärischer Disparitäten. Nur dann ist sie militärisch relevant. Einfache Aufwandsbeschränkungen tragen dazu nur bei, wenn dadurch besonders bedrohliche militärische Handlungsmöglichkeiten des Warschauer Pakts beschnitten oder besser noch beseitigt werden. Diese wären vor allem die vermuteten Fähigkeiten zum überfallartigen konventionellen Angriff aus dem Stand (dem Umfang, Struktur, Stationierung und Qualität der gepanzerten Verbände des Warschauer Pakts gewisse Erfolgsaussichten verleihen) und zum eurostrategischen Entwaffnungsschlag gegen die nuklearen Arsenale der NATO in Westeuropa, der durch die rasche Vermehrung der SS-20-Mittelstreckenraketen ausführbarer erscheint.

⁴³⁾ R. H. Sinnreich, NATO's Doctrinal Dilemma, in: Orbis 19 (1975), S. 461-476; K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981, S. 15 ff.

⁴⁴⁾ Vgl. hierzu ausführlich: H. Rattinger, Was kontrolliert Rüstungskontrolle?, erscheint demnächst in einem von U. Nerlich herausgegebenen Sammelband der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Europa ist es aber sehr schwer vorstellbar, dem Warschauer Pakt diese militärischen Optionen, wenn er sie mit großer Erfolgsgewißheit besitzen sollte, durch verhandelte Begrenzung des beiderseitigen militärischen Aufwands zu nehmen. Was mit der Sowjetunion an numerischen Aufwandsbeschränkungen ausgehandelt werden kann, schafft diese militärischen Optionen nicht aus der Welt. Die Sowjetunion erklärt in allen Bereichen der Rüstung in Europa Gleichgewicht und Stabilität als bereits gegeben und lehnt deshalb asymmetrische Obergrenzen und Reduktionen kategorisch ab, sofern sie mehr als kosmetischen Charakter tragen. Vom westlichen Standpunkt aus wirksame numerische Schranken für den Rüstungsaufwand, die notwendigerweise dem Warschauer Pakt wesentlich größere Zurückhaltung auferlegen müßten als der NATO, sind somit praktisch nicht verhandelbar.

Damit bleibt unter der aus der Kriegführungsstrategie abgeleiteten Prämisse der Notwendigkeit der militärischen Relevanz von Rüstungskontrolle als deren Ziel nur die direkte Einschränkung der Ausnutzbarkeit militärischer Optionen durch Abkommen über Streitkräftedislozierung und -operationen und über Informationsaustausch übrig. Ein entsprechender Konsens zur Umorientierung der Rüstungskontrolle in Europa auf solche — auch sehr weitgehende — vertrauensbildende Maßnahmen⁴⁵⁾ scheint sich in den letzten Jahren bei denjenigen abzuzeichnen, die in der unbezweifelbaren Fähigkeit zu erfolgreicher Verteidigung das Kernstück westlicher Abschreckungsstrategie sehen⁴⁶⁾. Ob eine solche Umorientierung Verhandlungserfolge näher rücken könnte, kann und soll hier nicht untersucht werden. Es sei allerdings die skeptische Anmerkung erlaubt, daß das Problem der Notwendigkeit asymmetrischer Beschränkungen dadurch nicht automatisch gelöst würde, solange die NATO davon ausgeht, daß sie selbst — im Gegensatz zum Warschauer Pakt —

keine für den Gegner besonders bedrohlichen militärischen Einsatzoptionen besitze. Sie müßte also von der Forderung nach asymmetrischen numerischen Reduktionen zur Forderung nach asymmetrischen vertrauensbildenden Maßnahmen übergehen. Daß die Sowjetunion darauf aufgeschlossener reagiert, kann bezweifelt werden.

Die Auslegung der flexiblen Reaktion als Eskalationsstrategie läßt der Rüstungskontrolle auch im Hinblick auf ihre konkreten Verhandlungsziele größeren Spielraum. Da die Nützlichkeit der Rüstungskontrolle nicht allein unter dem Kriterium beurteilt werden muß, ob ihre Ergebnisse die eigene militärische Position verbessern, können neben der vertraglichen Erschwerung unerwünschter militärischer Handlungsmöglichkeiten durch vertrauensbildende Maßnahmen auch solche Beschränkungen des Rüstungsaufwands angestrebt werden, die zwar rein militärisch an der Verteilung verfügbarer Einsatzoptionen nichts ändern, aber unter politischen oder ökonomischen Gesichtspunkten wünschenswert erscheinen. Die logische Grenze solcher Schritte stellt allein die Notwendigkeit dar, ein für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Eskalation und für die gesicherte Vergeltung ausreichendes Potential beizubehalten.

Eine solche auf der Stabilität des Abschreckungssystems aufbauende politische oder ökonomische Instrumentalisierung der Rüstungskontrolle, die auf einfache und spektakuläre quantitative Aufwandsbeschränkungen abzielen würde, liegt für Verfechter der Eskalationsstrategie im Bereich des Möglichen und wird von Westeuropäern immer wieder gefordert⁴⁷⁾. Sie muß aber auf erbitterten Widerstand der Anhänger des entgegengesetzten strategischen Credos stoßen, die darin, wenn nicht gar eine Gefährdung der westlichen Sicherheit, so doch zumindest eine illusionäre Ablenkung von ihren Grundproblemen sehen⁴⁸⁾. Der rüstungskontrollpolitische Kompromißbereich beider Strategieinterpretationen wird somit allein durch die vertrauensbildenden Maßnahmen definiert, durch welche die Nutzung besonders bedrohlicher militärischer Einsatzoptionen an Vertragsbruch gekoppelt werden soll, wodurch politische Warnzeiten entstehen. Der Haupteinwand gegen diese Verkürzung von Rüstungskontrolle auf vertrauensbildende Maßnahmen lautet, daß sie prinzipiell rasch um-

⁴⁵⁾ Vergleiche etwa die Darstellung verbreiteter westeuropäischer Positionen bei J. I. Coffey, *Arms Control and European Security*, London 1977.

⁴⁶⁾ B. Brodie, *On the Objectives of Arms Control*, in: *International Security* 1 (1976), S. 17-36.

⁴⁵⁾ Zu Begriff und Systematik der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ vgl. J. Alford (Hrsg.), *The Future of Arms Control — Part III: Confidence Building Measures* (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers, No. 149), London 1979.

⁴⁶⁾ K.-P. Stratmann, *Entspannung contra militärische Sicherheit? Zur Notwendigkeit einer offensiven Rüstungskontrollpolitik der NATO für Europa*, in: *Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Polarität und Interdependenz*, Baden-Baden 1978, S. 167-185; C. Bertram, *The Future of Arms Control — Part II: Arms Control and Technological Change: Elements of a New Approach* (International Institute for Strategic Studies), Adelphi Papers No. 146, London 1978.

kehrbar sind, weil Rüstungspotentiale nicht abgebaut, sondern lediglich bestimmte Nutzungen verboten werden. Trotzdem sind sie die wichtigste Chance der Rüstungskontrolle

in Europa, solange vom Fortbestand der beiden gegensätzlichen Strategieinterpretationen innerhalb der NATO ausgegangen werden muß.

VII. Aussichten der Rüstungskontrolle in Europa

Unterschiedliche Auffassungen über Möglichkeiten und Grenzen der Rüstungskontrolle in Europa werden oft auf Optimismus oder Pessimismus bezüglich der außenpolitischen Absichten der Sowjetunion zurückgeführt⁴⁹⁾. Wir haben gesehen, daß in Wirklichkeit divergierende Abschreckungsbegriffe und Strategieinterpretationen dahinterstehen: Werden Aggressionen des Warschauer Pakts im nuklearen Zeitalter eher abgeschreckt durch die Gewißheit des Mißerfolgs oder durch die hohe Wahrscheinlichkeit großer Zerstörung? Beide Deutungen werden im Westen mit durch die jeweiligen Interessenlagen bedingten unterschiedlichen Schwerpunkten diesseits und jenseits des Atlantiks vertreten. Beide sind vereinbar mit der Doktrin der flexiblen Reaktion, die ihrem Adjektiv „flexibel“ also auch durch weite Auslegungsfähigkeit Ehre macht. Beide kommen nicht nur in der hier vorgeführten analytischen Trennung vor, mit der die Extrempositionen der sicherheitspolitischen Debatte herausgearbeitet werden sollten, sondern auch in beliebigen Kombinationen.

Das Verteidigungsweißbuch 1979 ist in dieser Hinsicht ein Meisterwerk. Bestandteile beider Interpretationen stehen unvermittelt nebeneinander, und jede Festlegung wird vermieden, wenn es sich in einem einzigen Abschnitt zunächst eindeutig auf die Kriegführungs- und danach sofort ebenso eindeutig auf die Eskalationsstrategie beruft: „Abschreckung ist dann glaubwürdig, wenn die Bündnisstaaten fähig und willens sind, sich gemeinsam zu verteidigen, und wenn diese Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung für einen Angreifer evident ist. Für jeden Aggressor muß das Risiko seines Angriffs unkalkulierbar sein. Mögliche Erfolge des Angreifers dürfen in keinem tragbaren Verhältnis zu seinen Verlusten und Schäden stehen.“⁵⁰⁾

Was folgt aus dieser Koexistenz gegensätzlicher Abschreckungs- und Strategiekonzeptionen der NATO für die Aussichten der Rüstungskontrolle in Europa? Die Kompromißmöglichkeiten wurden bereits kurz angesprochen: Flexible Reaktion als Strategie der Kriegführung erlaubt gegenwärtig keine politische oder ökonomische Instrumentalisierung der Rüstungskontrolle, sondern fordert ihre Nutzung zur Verbesserung der militärischen Ausgangslage der westlichen Allianz. Umgekehrt schließt aber flexible Reaktion als Eskalationsstrategie eine solche militärische Instrumentalisierung der Rüstungskontrolle nicht aus, sondern ist rein logisch gesehen gegenüber diversen Zweckbestimmungen indifferent, auch wenn viele Vertreter dieser Auffassung vielleicht einen nichtmilitärischen Einsatz der Rüstungskontrolle vorziehen würden.

Beide Denkschulen können sich also, wenn überhaupt, nur darauf einigen, die Rüstungskontrolle unter militärischen Stabilitätskriterien als Ergänzung westlicher Rüstungsprogramme zur Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu betreiben. Damit besitzen die Anhänger der Kriegführungsstrategie zwar keine logische, wohl aber eine faktische Veto-Position, solange ihre Strategieinterpretation in der NATO breite Unterstützung findet. Rüstungskontrolle muß entweder dem militärisch relevanten Zweck des Abbaus als bedrohlich empfundener eigener Unterlegenheit dienen, oder sie paßt nicht in eine der beiden zentralen Auffassungen westlicher Militärstrategie und findet deshalb nicht statt. Weil eine solche wirkungsvolle militärische Stabilisierung mittels numerischer Potentialbeschränkungen mangels Verhandelbarkeit ausscheidet, wird militärische Stabilisierung durch vertrauensbildende Maßnahmen den kleinsten gemeinsamen Nenner der künftigen westlichen Rüstungskontrollpolitik in Europa darstellen.

Konkret heißt das für konventionelle und nukleare Rüstungskontrolle in Europa folgendes: Der westliche Ansatz in den Wiener MBFR-Verhandlungen, eigene zahlenmäßige Unterlegenheit — und sei sie militärisch auch noch so wenig bedeutungsvoll wie z. B. bei den Personalstärken — durch Verhandlungen in Pari-

⁴⁹⁾ J. E. Dougherty, *The Soviet Union and Arms Control*, in: *Orbis* 17 (1973), S. 737-777; G. Wettig, *Frieden und Sicherheit in Europa*, Stuttgart 1975; J. Borawski, *Mutual Force Reductions in Europe from a Soviet Perspective*, in: *Orbis* 22 (1979), S. 845-873.

⁵⁰⁾ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), *Weißbuch 1979*, Bonn 1979, S. 123.

tät umzuwandeln, entspringt dem Stabilisierungsstreben der Kriegführungsstrategie. Er hat sich als unpraktikabel erwiesen, um nicht zu sagen als gescheitert. Daß die Sowjetunion ihre konventionellen militärischen Vorteile nicht würde aufgeben wollen, war schon vor Verhandlungsbeginn klar vorherzusehen. Deshalb muß es in der Zukunft verstärkt darum gehen, ihr die Ausnutzung dieser Vorteile mittels vertrauensbildender Maßnahmen zu erschweren. Je radikaler solche Maßnahmen sind, desto rascher gesellt sich zum militärischen Zweck der eminent politische Nebeneffekt, die Intentionen der Gegenseite offenzulegen. Man stelle sich etwa eine westliche Verhandlungsoffensive mit dem Ziel vor, die Stationierung von Panzerverbänden in einer breiten Zone beiderseits der Demarkationslinien zu verbieten! Wer dazu bereit wäre, könnte offensichtlich nur geringes Interesse am blitzkriegartigen Überfall auf die NATO haben. Eingefahrene Geleise institutionalisierter Rüstungskontrolle behindern jedoch solche Initiativen. MBFR ist an der „Datendiskussion“ festgefahren, und ohne ihre Lösung wird sich in Wien nichts bewegen. Da eine Lösung nicht in Sicht ist, interessiert MBFR im Westen vor allem nur noch als institutionalisiertes Forum sicherheitspolitischer Ost-West-Kontakte. Für die Einbringung weitgehender Vorschläge zu vertrauensbildenden Maßnahmen kommen diese Verhandlungen also kaum noch in Frage. Außerdem müßte ihnen eine grundsätzliche Überprüfung vorangehen, in welcher Absicht die NATO Rüstungskontrolle in Europa noch betreiben will. Eine solche konzeptionelle Neubestimmung der westlichen Rüstungskontrollpolitik ist dringend angezeigt.

Noch undeutlicher sind die zukünftigen Konturen der Rüstungskontrolle im Bereich der Kernwaffen in Europa. Die Entwicklung von vertrauensbildenden Maßnahmen für diese Problematik steht noch aus und dürfte auf große Schwierigkeiten stoßen. Wegen der hohen Reichweiten der fraglichen Waffen wären Ankündigungen ihrer Bewegungen nicht sehr wichtig, Ankündigungen der Bewegungen nuklearer Sprengköpfe aus ihren speziellen Lagerstätten wären nicht verifizierbar. Überdies ist die Rüstungskontrollkomponente des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 noch unklar. Die NATO hat noch nicht entschieden, in welchem Forum und mit welchem Teilnehmerkreis sie verhandeln will, ob in SALT III, einer getrennten Konferenz über eurostrategische Waffen oder in Verhandlungen über sämtliche nuklearen Potentiale in und für Europa. Da der SALT-Prozeß stagniert, ist ein umfassender Ansatz zur Verbindung

der interkontinentalen und der europäischen nuklearen Rüstungskontrolle in SALT III derzeit nicht in Sicht. Dies ist bedauerlich, weil man argumentieren kann, daß Vereinbarungen über eurostrategische Waffen durch die willkürliche Isolation landgestützter Mittelstreckenraketen erschwert würden und im Rahmen einer Gesamtbeurteilung aller Kernwaffen, die auf Westeuropa, den Warschauer Pakt und auf die USA gerichtet sind, durch die gegenseitige Kompensation verschiedener Bestandteile der beiderseitigen nuklearen Streitkräfte leichter zustande kommen könnten.

Auch mögliche westliche Verhandlungsziele sind gegenwärtig noch Gegenstand von Spekulationen und Kontroversen, wobei aber über Verhandlungsziele erst entschieden werden kann, wenn das Verhandlungsforum feststeht. Wie auch immer die Abgrenzung des Verhandlungsgegenstandes aussehen mag, die Versuchung wird groß sein, den anfänglichen Fehler der Wiener Verhandlungen zu wiederholen und die militärische Stabilisierung durch asymmetrische numerische Vereinbarungen betreiben zu wollen. Verzicht auf Nachrüstung gegen Reduktion des sowjetischen SS-20-Arsenals erscheint aber kaum erfolgreich verhandelbar. Folgt man der Auffassung, daß die Sowjetunion sich eine eurostrategische Überlegenheit angeeignet habe und sie ständig ausbaue, ist es schwer vorstellbar, daß sie auf einen Teil dieses Potentials verzichten wird, ohne daß der Westen ebenfalls nukleare Waffensysteme abbaut. Damit wird aber die zumindest teilweise „Nachrüstung“ zur Voraussetzung anschließender beiderseitiger Reduktionen. Die historische Erfahrung läßt diese Vorstellung, westliche Mittelstreckenraketen erst als Verhandlungsobjekte („bargaining chips“) einzuführen, um sie dann wieder wegzuverhandeln, als unwahrscheinlich erscheinen. Sind sie erst einmal aufgestellt, geht die Rüstungskontrolle unter die erreichten Niveaus nicht mehr zurück.

Noch unrealistischer wirkt die Kompensation russischer eurostrategischer Abrüstung durch einen westlichen Verzicht auf Nachrüstung, wenn man von der sowjetischen Interpretation ausgeht, daß die SS-20 lediglich ein Modernisierungsprogramm darstelle, in dessen Verlauf die Gesamtzahl der russischen Raketenstartgeräte und Mittelstreckenbomber und die Sprengkraft der dislozierten Sprengköpfe nicht etwa zugenommen, sondern sogar leicht abgenommen habe⁵¹⁾. Die Parallelen zur „Da-

⁵¹⁾ Vgl. die Rede des sowjetischen Partei- und Staatschefs L. Breschnjew zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, abgedruckt in: Europa-Archiv 34 (1979), D 556-560.

tendiskussion" der MBFR-Verhandlungen sind offenkundig. In sowjetischer Sicht existiert die von der NATO behauptete eigene eurostrategische Überlegenheit nicht. Bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre hinein wurde sie auch im Westen nicht behauptet, weil die objektiv stets vorhandene sowjetische Überlegenheit bei landgestützten Mittelstreckenraketen als durch andersartige westliche Waffensysteme ausgeglichen galt. Diese östliche Überlegenheit in einem kleinen Teilbereich der atomaren Gesamtbalance jetzt ohne entsprechende westliche Abrüstung auf dem Verhandlungsweg beseitigen zu wollen, zwingt zur Beantwortung zweier Fragen: Kann die Sowjetunion sich erstens auf ein westlichen Vorstellungen entsprechendes Verhandlungsergebnis überhaupt einlassen? Warum gilt zweitens in der NATO die früher vorgesehene Kompensation der russischen Mittelstreckenraketen durch andere amerikanische Kernwaffensysteme nicht mehr als glaubwürdig?

Weil die Verhandlungskomponente des NATO-Doppelbeschlusses so vage gehalten ist, konnten ihm westliche Gegner und Befürworter der „Nachrüstung“ zustimmen. Die einen hofften, durch die der Sowjetunion angebotenen Verhandlungen die Realisierung des Nachrüstungsprogramms verhindern zu können, die anderen vertrauten auf das Scheitern dieser Hoffnungen. Die einen wären auch mit einem beiderseitigen Einfrieren der gegenwärtigen eurostrategischen Potentiale einverstanden, wenn die Sowjetunion nicht zur einseitigen Abrüstung gebracht werden kann, die anderen sehen für diesen — sehr wahrscheinlichen — Fall unbedingt die Durchführung der „Nachrüstung“ vor. Folgt man der hier vorgelegten Beurteilung, daß eine sowjetische Verminderung ihrer eurostrategischen Kräfte gegen westlichen Verzicht auf „Nachrüstung“

nicht verhandelbar ist, dann könnte die einzige realistische rüstungskontrollpolitische Alternative zur „Nachrüstung“ der Austausch einseitiger Initiativen sein, indem die NATO anbietet, auf die „Nachrüstung“ zu verzichten, wenn die Gegenseite ihre entsprechende Aufrüstung einfriert. Dies bedeutete einseitige, miteinander verknüpfte Moratorien, da ein vertraglich vereinbartes Moratorium von der NATO ja kategorisch abgelehnt wurde. In dieser Alternative erkennt man die beiden konträren Interpretationen der NATO-Strategie eindeutig wieder. Wegen ihrer engen Verbindung zur Strategieinterpretation könnte der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa ein ähnliches Schicksal wie MBFR beschieden sein. Auch wenn im politischen Bereich die Notwendigkeit des Austauschs von demonstrativen Rüstungskontrollsignalen mit der Sowjetunion gefordert wird, bestehen die Verfechter der Kriegführungsstrategie darauf, daß sie im Ergebnis zur militärischen Stabilisierung zugunsten des Westens führen müssen. Da sich dies wahrscheinlich als unmöglich erweisen wird, könnte wohl das vorläufige Ende der Rüstungskontrolle in Europa bevorstehen. Eine offizielle Bestattung allerdings wird wohl aus symbolischen Gründen vermieden werden.

Die vor uns liegenden Auseinandersetzungen um „Nachrüstung“ und Rüstungskontrolle in Europa müssen im Kern also auch Auseinandersetzungen um die Militärstrategie des westlichen Bündnisses sein. Nach über 20 Jahren der Rüstungskontrollpolitik muß die eingangs zitierte Feststellung von Schelling und Halperin modifiziert werden: Natürlich können Strategie und Rüstungskontrolle nicht voneinander isoliert werden. Da es aber keine einheitliche Strategieinterpretation gibt, kann es auch keine unumstrittenen Zielsetzungen der Rüstungskontrolle geben.

Manfred Schmidt: Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/81, S. 3—10

Gegenstand dieser Abhandlung sind die Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West. Um den Kern der Rüstungsdynamik herauszuschälen, wird die Analyse vorrangig auf die Nuklearrüstungspolitik in den USA und der UdSSR bezogen. In der bisherigen fachwissenschaftlichen und politischen Diskussion wird der Rüstungswettlauf in der Regel entweder durch eine „Außenleitungs-These“ oder durch eine „Innenleitungs-These“ erklärt. Beide Erklärungsansätze werden kurz vorgestellt und auf ihre Vorzüge und Schwächen hingewiesen.

In einer Analyse von quantitativen und qualitativen Daten über die amerikanische und die sowjetische Nuklearrüstung wird gezeigt, daß der Rüstungsprozeß sowohl durch innergesellschaftliche wie durch außenpolitische Bedingungen vorangetrieben wird: Die historischen außenpolitischen Erfahrungen, die gegenwärtigen außenpolitischen Konzeptionen, Bedrohungsvorstellungen, die bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen sowie Aktions- und Reaktionsprozesse gehören ebenso zu den Antriebskräften des Rüstungswettlaufs wie eine Reihe von jeweils systemspezifischen, innergesellschaftlich bedingten rüstungs- und militärpolitischen Wachstums-Imperativen.

Frank Barnaby: Zum Stand der globalen Rüstung. Ergebnisse des SIPRI-Jahrbuches 1981

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/81, S. 11—19

Das hier vorgelegte Resümee der Ergebnisse des SIPRI-Jahrbuchs 1981 bietet die wichtigsten Orientierungs- und Eckdaten auf dem Gebiet der weltweiten Militärausgaben, der Waffenproduktion, des Waffenhandels und der Rüstungskontrolle. Ein besonderer Akzent liegt auf den Entwicklungen in Ost und West bei den atomaren Waffen und der Abwehr ballistischer Raketen. Dem Überblick folgt eine Lagebewertung, die wenig Raum für hoffnungsvolle Perspektiven läßt:

Bei den geplanten und wahrscheinlichen Steigerungen der Militärhaushalte in den nächsten Jahren muß man damit rechnen, daß sich das Wettrüsten zwischen Ost und West wesentlich beschleunigt. Neue atomare Waffen und Waffensysteme werden entwickelt und stationiert. Einige davon werden die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Weltkriegs erhöhen. Der Trend von den Strategien nuklearer Abschreckung zu praktikablen atomaren Gefechtsstrategien wird weitergehen.

Der internationale Waffenhandel, der schon seit geraumer Zeit unkontrollierbar ist, verbreitet die wirksamsten Waffen über die ganze Erde. Immer mehr Staaten der Dritten Welt errichten gewaltige Rüstungsindustrien. Einige dieser Staaten sind schon heute am Wafensexport beteiligt.

Die Unfähigkeit der heutigen Nuklearmächte, das atomare Wettrüsten zu kontrollieren, fördert die Lieferung von Atomwaffen an Länder, die heute noch keine besitzen. Durch die Beschleunigung des atomaren Wettrüstens wächst die Bedeutung von Abrüstungsverhandlungen in Europa.

Hans Rattinger: Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollrezepte. Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/81, S. 21—37

Seit dem Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in Westeuropa stehen Fragen der Rüstungskontrolle in Europa im Brennpunkt öffentlichen Interesses und politischer Auseinandersetzungen um die Gewichte seiner beiden Komponenten „Verhandlung“ und „Nachrüstung“. In diesem Beitrag wird gezeigt, daß hinter den gegensätzlichen Positionen in der Regel — und oft unausgesprochen — unterschiedliche Auffassungen über die westliche Militärstrategie stehen, daß also die Diskussion um Rüstungskontrolle nur im Rahmen einer Diskussion um Strategie sinnvoll ist.

Die gültige Militärstrategie der NATO, „flexible response“, ist seit ihrer offiziellen Annahme 1967 noch nie einheitlich interpretiert worden. Ihre zwei wichtigsten Deutungen kann man als „*Eskalationsstrategie*“ und als „*Kriegführungsstrategie*“ bezeichnen. Das oberste Ziel beider ist Kriegsverhütung durch Abschreckung. Während aber die erstere Auslegung Abschreckung vor allem dadurch als wirksam ansieht, daß der Gegner für den Fall einer Aggression mit unannehmbaren Zerstörungen rechnen müßte, beruht nach der zweiten Auslegung Abschreckung auf der Gewißheit des Gegners, einen militärischen Konflikt nicht zu seinen Gunsten entscheiden zu können.

Diesen beiden Strategieinterpretationen entsprechen unterschiedliche militärische Potentialerfordernisse und *Lagebeurteilungen*. Für die Kriegführungsstrategie spielt der fortwährende Vergleich der Kräfte von NATO und Warschauer Pakt eine große Rolle; die gegenwärtige Lage wird als durch Disparitäten und westliche Unterlegenheit gekennzeichnet betrachtet. Bei Vertretern der Eskalationsstrategie herrscht dagegen die Auffassung vor, daß, solange die gesicherte westliche Fähigkeit zur nuklearen Eskalation gegeben sei, wovon gegenwärtig ausgegangen wird, genaue Zahlenverhältnisse in einzelnen Rüstungsreichen eher zweitrangig seien.

Zweckbestimmungen der Rüstungskontrolle hängen mit Beurteilungen der militärischen Lage eng zusammen. Werden Ungleichgewichte und westliche Unterlegenheit als wichtigste Aspekte der gegenwärtigen Situation gesehen, bleibt der Rüstungskontrolle nur die Aufgabe, als Ergänzung eigener westlicher Rüstungsanstrengungen an der Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu eigenen Gunsten mitzuwirken. Hält man dagegen stabile gegenseitige Abschreckung für eine treffende Charakterisierung des militärischen Ost-West-Verhältnisses, dann kann man Rüstungskontrolle mit größerer Flexibilität handhaben und daneben auch für ökonomische oder politische Zwecke einsetzen.

Die möglichen Motivationen der Rüstungskontrolle sind nicht ohne Folge für die konkreten *Verhandlungsziele*. Soll Rüstungskontrolle der militärischen Stabilisierung dienen, muß sie bedrohliche militärische Handlungsweisen der Gegenseite unwahrscheinlicher machen. Da entsprechende asymmetrische zahlenmäßige Beschränkungen der östlichen Arsenale kaum verhandelbar sein dürften, sinkt in der Kriegführungsstrategie das Interesse an Rüstungskontrolle in Europa bzw. es beschränkt sich auf die sogenannten „vertrauensbildenden Maßnahmen“. Mit der in der Eskalationsstrategie denkbaren ökonomischen oder politischen Instrumentalisierung der Rüstungskontrolle dagegen wären auch numerische Rüstungskontrollabkommen vereinbar, welche die militärische Ausgangslage der NATO nicht verbessern, solange ihre Eskalations- und Vergeltungsfähigkeit unangetastet bleibt.

Die zukünftigen Konturen der konventionellen und eurostrategisch-nuklearen Rüstungskontrolle für diesen Kontinent sind derzeit so unklar, weil die gegensätzlichen strategischen Deutungsmuster nicht zu einheitlichen Aussagen über Zwecke und Ziele der Rüstungskontrolle gelangen. Im Fall der eurostrategischen „Nachrüstung“ der NATO ist wie nie zuvor deutlich geworden, daß Rüstungskontrolle nur im Kontext der Militärstrategie bewertet werden kann.